

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. extra. Postgebühren.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Anzerate werden die halbspaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonntags und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonntags und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 3721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Zum Quartalswechsel

biten wir unsere Leser, das Abonnement auf die Volkszeitung rechtzeitig zu erneuern und neue Leser zu werben.

Vier Jahre lang hat nun die Volkszeitung im Kampf um die Rechte des werktätigen Volkes im Vordergrund gestanden. Sie wird auch weiter in erster Linie kämpfen und namentlich jetzt, wo die **Zuchthausvorlage** dem Arbeiter das Koalitionsrecht vernichten will, eine scharfe Waffe führen.

Ein Ereignis hat in diesen Tagen das andere gedrängt, und es scheint, daß die Politik der Folgezeit nicht minder reich an Pflichten und Ueberraschungen sein wird. Die Volkszeitung wird ihre Leser über alle Ereignisse schnell und zuverlässig orientieren und klar Stellung zu ihnen nehmen. Insbesondere werden unsere Leser in nächster Zeit die Verhandlungen des **Stuttgarter Parteitag**s interessieren, über die wir ausführlich berichten werden. Es kommen dann die für unsere Partei wichtigen Wahlen zum **preussischen Landtage**, über die die Leser der Volkszeitung genau orientiert werden sollen. Und nicht lange, so beginnen auch wieder die Verhandlungen des **Reichstages**, die alle Gemüter in Bewegung setzen werden, da es gilt, die wichtigsten Rechte des Volkes zu verteidigen.

Eine Zeit harter Kämpfe steht dem Proletariat bevor. Es hat zu kämpfen gegen den gemeinschaftlichen Arbeitertrug, gegen die Ausbeuterpolitik der ostelbischen Junker, gegen die Gewaltpolitik der Stumm und Konforten, gegen die Reaktion auf der ganzen Linie. Da darf niemand beifällig stehen, er muß sich an dem Kampfe beteiligen, der für die Zukunft unseres Volkes entscheidend ist.

Wie die Volkszeitung über die politischen Ereignisse berichten wird wie bisher, so wird sie sich auch bestreben, auf anderen Gebieten ihre Leser auf dem Laufenden zu erhalten. Sie wird alle lokalen Angelegenheiten eingehend und gründlich behandeln. Bald sind ja die **Stadtverordnetenwahlen** vorzunehmen, an denen das Proletariat lebhaft interessiert ist.

Die Leipziger Volkszeitung wird auch wie bisher bestrebt sein, gute Unterhaltungsliteratur zu bringen. In unserem Heftleton veröffentlichten wir Romane der hervorragendsten Schriftsteller Deutschlands und des Auslandes. Ueber Theateraufführungen bringen wir anerkannt sachkundige Berichte. Die Sonntagspaziergänge durch das Leipziger Museum werden fortgesetzt werden. Die politische und soziale Parikatur wird auch weiterhin unseren Lesern in charakteristischen Proben vermittelt werden.

Zunmer bestrebt, die Leipziger Volkszeitung nach jeder Richtung weiter auszubauen, bitten wir unsere Leser, zu ihrem Teil für die weitere Verbreitung unseres Blattes zu wirken. Die Presse ist die schneidigste Waffe im Kampf um unsere Freiheit.

Darum werbt für die Leipziger Volkszeitung.

Leipzig, 27. September.

Eifrig wird daran gearbeitet, ein Einverständnis der Mächte behufs eines europäischen Kesselstrebens gegen die Anarchisten zu Stande zu bringen. Ob es gelingen wird, erscheint noch sehr unsicher, denn wenn auch schon mehrmals gemeldet wurde, das Einverständnis sei glücklich erzielt, so ist das hinterher immer wieder dementiert worden. Wir glauben nicht, daß England in diesem Falle besondere Konzessionen machen wird.

Eifriger als die österreichische Regierung, von der man in dieser Angelegenheit den Vortritt hätte erwarten können, zeigt sich die italienische. Mit großspurigen Redensarten hat sie die Sache angefaßt und ihre Blätter haben die Schweiz, „das Brutnest anarchistischer Verbrechen“, mit Beschimpfungen und Drohungen überhäuft.

Man kann nur einen unfähigen Efel empfinden, wenn man das Gebaren der ebenso feigen als brutalen, ebenso korrupten als unfähigen Gesellschaft sieht, die zur Zeit in Italien das Heft in der Hand hat. Dort plündern Staat und Kapitalismus gemeinsam das Volk dermaßen aus, daß es zum großen Teil in seiner Heimat einfach verhungern müßte und deshalb in Massen nach dem Ausland abströmt. Lange herrschte in Italien das Schreckenregiment des Gesellschaftsretters Crispi, bis er endlich mit Schimpf und Schande abtreten mußte. Der Großmachtstiel der italienischen Bourgeoisie wurde durch die furchtbare Niederlage in Abestint bestraft. Statt sich auf innere Reformen zu verlegen, verfolgte man auf gehässige die Sozialisten. Die durch Verzweiflung hervorgerufene Erhebung Siciliens ward mit Militärgewalt gebändigt, allein der Hunger läßt das arme Volk nicht zur Ruhe kommen. In diesem Jahre gab es in Italien Brotkrawalle, Tumulte und Aufstände die ganze Halbinsel entlang und in Mailand lieferte man dem Militarismus leider die Gelegenheit, eine große Schlächterei zu veranstalten und dann den Belagerungszustand zu verhängen.

Diese Wirtschaft der herrschenden Klassen in Italien muß unter den verzweifeltsten Opfern barbarischer Zustände natürlich Anarchisten in Masse züchten und es ist kein Wunder, daß die meisten anarchistischen Attentäter Italiener sind.

Die italienische Regierung möchte gern das Asyl zerstören, das für die politischen Flüchtlinge aus Italien in der Schweiz besteht, und sie möchte damit auch die Sozialdemokratie treffen. Bekanntlich sind zahlreiche Sozialdemokraten in Italien von den Civil- und Militärgerichten einfach als „Anarchisten“ behandelt und abgerichtet worden.

Das Treiben der italienischen Regierung ist ein solches, daß man, wenn sie nach Maßregeln gegen die Anarchisten ruft, den Eindruck hat, als höre man schreien: **Haltet den Dieb!** Denn die verschiedenen italienischen Regierungen der letzten Zeit haben über ihr Land gewiß mehr Unheil gebracht, als der Anarchismus im Lande wäre, so unsinnig und unheilvoll die „Propaganda der That“ auch ist.

Selbstverständlich steckt auch das „heilige Rußland“ seine Hände sofort in diese Angelegenheit. „Väterchen“ verkündet die Abrüstung, rükt aber ruhig weiter und läßt wie seine Vorgänger den größten Teil der Intelligenz Rußlands in dem schaurigen Riesengrabe Sibiriens vermodern. Die militärische Bureaucratie, die Rußland regiert und die zur Zeit der Wirren in Bulgarien sich nicht gescheut hat, dort die „Propaganda der That“ eifrig zu betreiben, läßt natürlich nicht so leicht eine Gelegenheit, im Trüben zu fischen, sich entgehen. Man fühlt in Rußland sich offenbar zu großen Dingen berufen. „Väterchen“ hat überall freundschaftliche Besuche gemacht und ist auf diesem Wege ganz von selbst in den Vordergrund gekommen, wenn auch die französische Bourgeoisie bei allem Jarenjubel der Ehre, immer wieder angepumpt zu werden, überdrüssig geworden zu sein scheint und augenblicklich den Beutel zuhält. Am Hofe zu St. Petersburg lebt man aber offenbar in der Einbildung, die Tage der heiligen Allianz seien wieder-gelehrt, und darum soll das „heilige“ Rußland vorangehen im Kampfe gegen den Drachen des Anarchismus! Als ob dies Rußland bessere Mittel zur Bekämpfung des Anarchismus wüßte, als das übrige Europa!

Aber es handelt sich dabei um das Asylrecht, wogegen die russische Diplomatie seit mehr als hundert Jahren immer und überall gearbeitet hat. In Rußland hat sich eine neue Arbeiterbewegung entwickelt, die durchaus von sozialistischem Geiste erfüllt ist und deren Lebensäußerungen und Kundgebungen gezeigt haben, daß sie in der Stille mehr Raum gewonnen hat, als man im übrigen Europa ahnen konnte. In den grünen Tischen zu Petersburg blickt man mit großer Sorge auf diese Bewegung, die den Weg der gewöhnlichen politischen Verschönerung längst verlassen und sich zur Aufgabe gestellt hat, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken. Konflikte umfassendster Art zwischen dieser Bewegung und dem russischen Polizeidespotismus können nicht ausbleiben. Dann wird die russische Sozialdemokratie ihre Zeitung in das Ausland verlegen müssen und darum wäre es der russischen Regierung äußerst angenehm, wenn das Asylrecht eingeschränkt oder ganz aufgehoben würde. Die englische Freiheit hat den russischen Gewaltthabern schon

Seuilleton.

L'Abultera.

Von Theodor Fontane.

Und nun trat Rubehn ein.

Es war um die Theerstunde, das Wasser brodelte schon, und sie nahm des geliebten Mannes Arm und schritt plaudernd mit ihm über den dicken, türkischen Teppich hin. Aber er litt von der Hitze, die sie mit ihrem Taschentuche vergeblich fortzuschlefen bemüht war. „Und nun sind wir im Norden!“ lachte er. „Und nun sage, haben wir im Süden je so was von Blut und Samum auszuhalten gehabt?“

„O doch, Ruben. Entfinnst Du Dich noch, als wir das erste Mal nach dem Lido hinausfuhren? Ich wenigstens vergeß es nicht. All mein Lebtag hab' ich mich nicht so gequält, wie damals auf dem Schiff: erst die Schwüle und dann der Sturm. Und dazwischen das Blitzen. Und wenn es noch ein Blitzen gewesen wäre! Aber wie feurige Laternen fiel es vom Himmel. Und Du warst so ruhig.“

„Das bin ich immer, Herz, oder such' es wenigstens zu sein. Mit unserer Unruhe wird nichts geändert und noch weniger gebessert.“

„Ich weiß doch nicht, ob Du recht hast. In unserer Angst und Sorge beten wir, auch wir, die wir's in unseren guten Tagen an uns kommen lassen. Und das veröhnt die Götter. Denn sie wollen, daß wir uns in unserer Kleinheit und Hilfsbedürftigkeit fühlen lernen. Und haben sie nicht recht?“

„Ich weiß nur, daß Du recht hast. Immer. Und Dir zuliebe sollen auch die Götter recht haben. Bist Du zufrieden damit?“

„Ja und nein. Was Liebe darin ist, ist gut, oder ich hör' es wenigstens gern. Aber . . .“

„Lassen wir das „aber“ und nehmen wir lieber unseren Thee, der uns ohnehin schon erwartet. Und er hilft auch immer und gegen alles, und wird uns auch aus dieser afrikanischen Hitze helfen. Um aber sicher zu gehen, will ich doch lieber noch das Fenster öffnen.“ Und er that's, und unter dem halb ausgezogenen Rouleau hin zog eine milde Nachtlust ein.

„Wie mild und weich,“ sagte Melanie. „Zu weich,“ entgegnete Rubehn. „Und wir werden uns auf kältere Luftströmung gefaßt machen müssen.“

XIX. Inognito.

Melanie war froh wieder dahelm zu sein. Was sich ihr notwendig entgegen stellen mußte, das übersah sie nicht, und die Furcht, der Rubehn Ausdruck gegeben hatte, war auch ihre Furcht. Aber sie war doch andererseits sangutischen Gemüts genug, um der Hoffnung zu leben, sie werd' es überwinden. Und warum sollte sie's nicht? Was geschahen erschien ihr; der Gesellschaft gegenüber, so gut wie ausgeglichen; allem Schickslichen war genügt, alle Formen waren erfüllt, und so gewärtigte sie nicht einer Strenge zu begegnen, zu der die Welt in der Regel nur greift, wenn sie's zu müssen glaubt, vielleicht einfach in dem Bewußtsein davon, daß, wer in einem Glashause wohnt, nicht mit Steinen werfen soll.

Melanie gewärtigte keines Agorismus. Nichtsdestoweniger stimmte sie dem Vorschlage bei, wenigstens während der

nächsten Wochen noch ein Inognito bewahren und erst von Neujahr an die nötigsten Besuche machen zu wollen.

So war es denn natürlich, daß man den Weihnachtsabend im engsten Zirkel verbrachte. Nur Anastasia, Rubehns Bruder und der alte Frankfurter Procurist, ein versteifter und schweigsamer Junggeselle, dem sich erst beim dritten Schoppen die Zunge zu lösen pflegte, waren erschienen, um die Lichter am Christbaum brennen zu sehen. Und als sie brannten, wurd' auch das Anninettchen herbeigeholt, und Melanie nahm das Kind auf den Arm und spielte mit ihm und hielt es hoch. Und das Kind schien glücklich und lachte und griff nach den Lichtern.

Und glücklich waren alle, besonders auch Rubehn, und wer ihn an diesem Abend gesehen hätte, der hätte nichts von Behagen und Gemütlichkeit an ihm vermist. Alles Amerikanische war abgestreift.

In dem Nebenzimmer war inzwischen ein kleines Mahl serviert worden, und als einleitend erst durch Anastasia und danach auch durch den jüngeren Rubehn ein paar scherzhafte Gesandtheiten ausgebracht worden waren, erhob sich zuletzt auch der alte Procurist, um „aus vollem Glas und vollem Herzen“ einen Schluss-Toast zu proponieren. Das beste des Lebens, das wiff' er aus eigener Erfahrung, sei das Inognito. Alles was sich auf den Markt oder auf die Straße stelle, das tauge nichts, oder habe doch nur Alltagswert; das, was wirklich Wert habe, das ziehe sich zurück, das berge sich in Stille, das verstecke sich. Die lieblichste Blume, darüber könne kein Zweifel sein, sei das Weichlein, und die poetischste Frucht, darüber könne wiederum kein Zweifel sein, sei die Walderdbeere. Beide forsteten sich aber, beide ließen sich suchen, beide lebten forstetogen in Inognito. Und somit lasse er das Inognito leben, oder di

schwere Zeiten bereitet; man denke nur an die Thätigkeit des russischen Flüchtlings Alexander Herzen, der in London seine gefährdete Glocke erschallen ließ, mit der er Rußland aus dem Schlafe läutete und die ganze offizielle Welt in Atem hielt.

Aber hier steht die russische Diplomatie auf einem Gegner, der nicht zu überwinden ist — das englische Volk, das seinen Regierungen die Richtschnur für ihre Politik gebot und das in seinem stolzen Freiheitsbewußtsein sich durch russische Drohungen und Prahlereien so wenig erschüttern läßt, wie durch das schwarze Gespenst des Anarchismus.

Was man sonst an den englischen Zuständen aussetzen, was man will — die Thatsache bleibt bestehen, daß das Völkrecht in Europa eine längstverklungene Mär sein würde, wenn nicht das englische Volk mit albritischer Fähigkeit daran festhielte.

Und darum wird auch dieser Feldzug in seinem eigentlichen Zweck scheitern. Der Wahnsinn des Anarchismus dient dabei zum Vorwand; das Ziel ist, wie immer, die Bekämpfung der sozialistischen Bewegung. Man will über ganz Europa ein großes Polzeinzel ausspannen, in dessen Maschen die politischen „Verbrecher“ unentrinnbar hängen bleiben sollen. Der Plan ist schön, aber er bleibt eine Utopie. Bezüglich ist dabei die Haltung des offiziellen Frankreich. Die dort regierenden Bourgeois sprechen immer von den Prinzipien der großen Revolution, denen sie treu bleiben wollen. Die große Revolution verkündete allen Völkern Brüderlichkeit, aber das offizielle Frankreich würde heute dem Varn Schergen dienste leisten.

Wo heute die politische Freiheit immer beschränkt wird, da geschieht es zu dem Zwecke, die sozialistische Bewegung zu bekämpfen. So sehr wir den Anarchismus verwerfen, so sehen wir doch das Kesseltreiben als unheilvoll an, das wohl der Reaktion Vorschub leisten, aber anarchische Attentate nicht verhindern kann und den Anarchismus selbst nur fördern wird.

Politische Uebersicht.

Der Stuttgarter Parteitag und der Bergarbeiterschub.

Zu dem Antrage, den Bergarbeiterschub auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, schreibt uns ein Bergmann: Es ist bekannt, daß die deutsche Bergarbeiterschaft, über 600000 Proletarier, am allermeisten unter dem Drucke des bevorstehenden in jenem Industriezweig übermächtig starken Unternehmertums zu leiden hat.

Wie sieht es nun mit der Organisation in der deutschen Berg- und Hüttenindustrie aus? Kaum mehr als drei Prozent sind im deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverband organisiert. Dabei steht dieser Verband noch in den Kinderschuhen. Bei einer Leistung von 30 Pfennigen pro Mitglied und Monat sollen die Ausgaben für ein wöchentlich erscheinendes Organ, für Rechtschutz etc. bestritten werden. Wo bleibt da noch etwas für Agitation und dergleichen? Nach Ausweis des Korrespondenzblattes der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ist der Beitrag von 30 Pfennigen der weitaus niedrigste aller deutschen Gewerkschaften überhaupt. Bei einer so eigenen Maffe wie sie die Bergarbeiterschaft ist, ist es auch schwierig, eine pflöbliche Erhöhung der Beiträge vorzunehmen.

Wichtig ist, daß die Bergleute in Mitteldeutschland, Königreich Sachsen, Niederschlesien und zum Teil auch Oberschlesien sozialdemokratisch gewählt haben. Die Abgeordneten der Kreise Calbe-Neuburg, Leipzig-Weißensfeld-Raumburg und Waldenburg in Schlesien sind hauptsächlich nur durch Bergarbeiter gewählt worden. Fallsch wäre es aber, aus dieser Thatsache heraus auf ein fortgeschrittenes Klassenbewußtsein in diesen Kreisen schließen zu wollen. Nein, das Bewußtsein des sozialdemokratischen Stimmzettels ist hier eher als ein Nothwehr des unter der Last des feudalen Schlotjunktums mehr als je senkenden Bergarbeitervolkes anzufassen! Man täusche sich auch nicht über diese Arbeiter-, Schützen- und andere feste feiernde Bevölkerung.

Der Bergarbeiter-Verband ist noch zu schwach, bei den geringen Kräften und Mitteln, die ihm zu Gebote stehen. Die Bergarbeiterschaft ist aber der Aufklärung, der geistigen Hilfe dringend bedürftig. Es wäre ein besonders dankbares Feld für die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie hier, wo wirklich Noth vorhanden ist, mit Hand ans Werk legen wollte. Aus dieser Erkenntnis heraus ist wohl auch der Antrag gekommen,

den Punkt „Bergarbeiterschub“ mit auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag zu setzen.

Dabei hätte sich Gelegenheit gefunden für die mit der Sachlage vertranten Genossen, die Parteianghörigen des ganzen Reiches auf ihre schwer bedrückten Brüder im Bergbau aufmerksam zu machen. Partei und Gewerkschaft hätten den Nutzen davon gehabt. Hoffentlich findet sich auch sonst Gelegenheit, die brennende Frage des Bergarbeiterschubes zu erörtern. Und nötig ist es!

Deutsches Reich.

Der nationalsoziale Vertretertag.

Darmstadt, 26. Septbr. Den nationalsozialen Vertretertag, auf dem Sohm und Göhre verhindert waren zu erscheinen, eröffnete, nach einem Berichte der Frankf. Ztg., Pfarrer Raumann mit einer Ansprache, in der er Bismarcks gedachte, der dem deutschen Volke „politisches Denken und nationales Mitgefühl“ vermittelt habe, sowie des Kaisers und der übrigen deutschen Fürsten, die er als Garanten der Reichsverfassung, namentlich des bestehenden Reichstagswahlrechts, in Anspruch nimmt. In das Präsidium wurden die Herren Pfarrer Dietrichs, Fabrikant Bindewald, Lithograph Tischendörfer gewählt.

Im Geschäftsbericht debattierte Parteisekretär Went das Eingehen der nationalsozialen Tageszeitung, der Zeit, für die bisher ein Erlaß nicht geschaffen werden konnte. Bei den Reichstagswahlen hätten zwar keine Kandidaten der Partei durchgebracht werden können, doch seien die 28000 Stimmen in elf Wahlkreisen ein erster „Nichtserfolg“. Es sei dadurch erwiesen, daß die nationalsoziale Bewegung ein Bedürfnis für das deutsche Volk sei! Der Zugang von Mitgliedern des Hauptvereins sei recht erfreulich, doch seien in der allerletzten Zeit Austrittserklärungen von Arbeitern erfolgt, die erklärten, daß sie nach der Deynhäuser Rede des Kaisers eine national und monarchisch gerichtete Politik nicht mehr unterstützen könnten. Das müßte wohl den Kreisen zu denken geben, die jener Rede zugestimmt hätten. Die Klassenverhältnisse des Vereins seien Dank des großen Abzuges der Parteischristen erträglich. Es empfehle sich, den Sitz des Vorstandes und Sekretariats von Leipzig nach Berlin zu verlegen, da die Zerteilung der politischen und geschäftlichen Leitung manche Mißstände gebracht habe.

Redakteur Damaskoff vertritt die Anträge der schleswig-holsteinischen Nationalsozialen, den Vorstand aus sieben Mitgliedern weiter bestehen zu lassen und ihm einen Beirat, dessen Mitglieder allen Kreisen des Reiches angehören sollen, zu geben.

Professor Trommershausen-Frankfurt a. M.: In der Provinz sei man mit dem Berliner Vorstande nicht ganz zufrieden, da die Berliner ihren Kampf sehr gegen die Konserwativen richten, während in der Provinz die Sozialdemokraten als die ärgsten Feinde angesehen würden.

Tischendörfer-Berlin nimmt die Berliner in Schutz. Er empfiehlt einen in sich abgeschlossenen Vorstand in Berlin. Das Gerüde von einer rechts und links stehenden Richtung sei schädlich und entbehre der thatsächlichen Unterlage.

Frau-Stuttgart sympathisiert, obwohl er Schwabe ist, mit den Berlinern und freut sich über ihre scharfe Stellungnahme gegen die Konserwativen.

Professor Bouffet-Göppingen: Einem Berliner Vorstande allein wolle man wohl allerseits die Leitung der Geschäfte nicht überlassen, eine Kontrolle, die aber die Erhaltung der Aktionsfähigkeit des Vorstandes gewährleisten müsse, müsse geschaffen werden. Deshalb beantragte er die Einsetzung eines weiteren Vorstandes aus ganz Deutschland mit 5 Mitgliedern, der dem Berliner engeren Vorstande von 7 Mitgliedern zur Seite treten soll. Dabei sei aber eine strenge Trennung der Befugnisse nötig. Die Entscheidung über die Kompetenzen solle dem Vorstande überlassen bleiben. Zusammenzutreten solle der Gesamtvorstand, wenn 5 Mitglieder es verlangten. Dieser Antrag wird angenommen.

Darauf erstattete Pfarrer Raumann den politischen Jahresbericht. Man habe die nationalsoziale Bewegung bereits festgestellt. Es habe sich aber gezeigt, daß trotz aller Eog-nisse innerhalb der Partei diese erst recht lebenskräftig sei. Auseinandersetzungen, wie zwischen Sohm und Göhre, könnten die Einigkeit in Zeiten des Kampfes absolut nicht tangieren. Aussprachen und Meinungsverschiedenheiten müßten gestattet sein. Könne die Partei das nicht vertragen, so habe sie keine Aussichten für die Zukunft. Von zwei Strömungen könne übrigens keine Rede sein, aber alle Parteimitglieder nähmen es mit Recht für sich in Anspruch, individuell auf Grund des Programms zu sein. In Sachen des Arbeiterkongresses halte die nationalsoziale Partei es für richtig, nicht parteipolitisch vorzugehen. Zur Schaffung eines Agrarprogramms sei der Anfang gemacht worden, die Ausarbeitung sei aber durch die praktische Wahlarbeit verhindert worden. Ein solches könne übrigens nicht in einem Ruck geschaffen werden. Bezüglich der Reichstagswahlen habe man vielfach sich Illusionen gemacht und in allzu großem Optimismus nicht mit der Fähigkeit der menschlichen Gewohnheit gerechnet, die ein Festhalten an den alten Parteibildungen bedingt. Der Mißerfolg bei den Wahlen habe die Nationalsozialen nicht entmutigt. Die Ueberzeugung von der Wichtigkeit der Grundgedanken des Partei-

programms sei in allen Teilen Deutschlands unerschütterter geblieben. Durch die Wahlen sei sowohl nach rechts wie nach links die Grenzlinie viel schärfer gezogen und das sei der Bewegung nur förderlich. Der Parteistandpunkt zu den politischen Fragen könne nun viel prächtiger genommen werden. Bei den letzten Wahlen seien die materiellen Gruppenfragen stark in den Vordergrund getreten. Das werde aber nicht dauernd so bleiben. Im vergangenen Jahre habe man mehr Gelegenheit gehabt zu nationalen Fragen entschieden Stellung zu nehmen, als zu sozialen Fragen. Eine Abschwächung dürfe die Partei weder nach der nationalen, noch nach der sozialen Seite eintreten lassen. Für die Vermehrung der nationalen Machtmittel sei man ebenso entschlossen eingetreten, wie im Hamburger Väterstreik für die Gehilfen. Bezüglich der preussischen Landtagswahlen werde der Vorstand darauf zu achten haben, daß die Mittel der Partei, die durch die Reichstagswahlen stark in Anspruch genommen worden seien, nicht ohne Not verbraucht würden. Man werde sehr vorsichtig bezüglich einer Verteilung vorgehen.

In der Diskussion über den politischen Jahresbericht schneidet der gemäßigtere Reservoffizier Dr. Kuprecht (Göttingen) die Frage des Gemeindevahlrechts an. Es sei ein Wunsch, daß jeder hergelaufene Mann, sofern er nur Reichsbürger sei, über die Verhältnisse einer Kommune mitbestimmen solle.

Fenwein (Warttemberg) meinte, wer sich gegen die Ausdehnung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auf die Kommunalwahlen erkläre, gerate mit Recht in den Verdacht einer reaktionären Gesinnung. Die Haltung der Hilfe in Fragen der auswärtigen Politik könne nicht gebilligt werden. Man habe alle Ursache, sich über ihre Politik in der armenischen Frage zu schämen. Die Christenverfolgungen in der Türkei seien entschieden zu verdammen, von den Nationalsozialen um so mehr, als für sie ja das Christentum im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens stehe.

Tischendörfer (Berlin) protestiert energisch gegen den Ausbruch „hergelaufene Männer“. Die gebe es nicht, von Gerlach vertritt die türkenfreundliche Haltung der Hilfe und die Politik der Regierung. Das moralische Recht sei auf der Seite der Türken. Die Türken hätten eben die Ausbeutung der Armenier nicht mehr ertragen können. Sie seien ihnen gegenüber in derselben Lage, wie die gallischen Bauern, die ihre jüdischen und adeligen Auslagerer toteschlagen hätten. Die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Kommunalwahlen sei ein Punkt des Programms, der dem nationalsozialen Verein zur Ehre gereiche und ihm die schönsten Erfolge für die Zukunft verheißt.

Trommershausen-Frankfurt spricht sich entschieden gegen die Ausdehnung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auf die Kommunalwahlen aus. Er fordert die Ausarbeitung eines eingehenden Kommunalprogramms.

Pohlmann (Holtzheim) meint, es sei doch unbillig, daß jemand, der zu den Lasten einer Kommune nichts beitrage, das Wahlrecht in ihr haben solle.

Ein Antrag Kuprecht, bezüglich des Kommunalwahlrechts eine Aenderung der „Grundlinien“ vorzunehmen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag Trommershausen, den Vorstand zu bitten, die Ausarbeitung eines Kommunalprogramms sobald als möglich vorzunehmen, wird angenommen.

Des Kaisers Jerusalemfahrt.

Die politische Zeitung meldet: Die österreichische Regierung hatte ihre Zustimmung gegeben, daß die Evangelischen der Monarchie sich an der Feier in Jerusalem beteiligten, der Wiener evangelische Oberkirchenrat Augsburger und helvetischer Konfession hat aber abgelehnt, einen Vertreter zu senden. Doch ist anzunehmen, daß die siebenbürgische und ungarische Landeskirche solche ernennen werden. Von Holland kommen dieselben beiden Vertreter, wie bei der Einweihung der Willibrodus-Kirche in Wesel. Die Schweizer protestantische Kirche hat „in wärmstem Tone“ auf die Einladung erwidert; die belgischen Evangelischen und die englische Hochkirche haben noch keine Antwort gegeben.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Eine Majestätsbeleidigung und eine Beleidigung eines Mitgliedes des regierenden Hauses soll die Magdeburger Volksstimme in der Nummer vom 28. Juli begangen haben, die kürzlich festgenommen wurde. Am Sonnabend wurde der verantwortliche Redakteur Müller in der Sache vernommen.

Wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern ist der Schreinermeister, Kaufmann und Wirt Anton Graßl in Unterstein bei Schoana vom Landgericht Traunstein zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Graßl wurde sofort verhaftet. Er hat sein Verbrechen begangen gelegentlich einer Unterhaltung über ungenügende Wildschadenerschädigung.

D. Ludwigshafen, 23. September. In Edenkoben ist Unterfindung wegen Majestätsbeleidigung gegen einen Polizisten eingeleitet worden. Er hat seinem Barbier gegenüber beleidigende Aeußerungen über Wilhelm II. fallen lassen. Ein Schneidermeister erfuhr davon und denunzierte ihn.

Inkognitos, denn Singular oder Plural sei ihm durchaus gleichgültig:

Das oder die,
Ein volles Glas für Melanie;
Die oder das,
Für Ebenezer ein volles Glas.

Und danach fing er an zu singen.

Erst zu später Stunde trennte man sich und Anastasia versprach, am anderen Tage zu Tisch wieder zu kommen; abermals einen Tag später aber (Nubehn war eben in die Stadt gegangen) erschien das Brenel, um in ihrem Schweizer Deutsch und zugleich in sichtlich Erregung den Polizeirat Reiff zu melden. Und sie bernigte sich erst wieder, als ihre junge Herrin antwortete: „Ah, sehr willkommen. Ich lasse bitten, einzutreten.“

Melanie ging dem Angemeldeten entgegen. Er war ganz unverändert: derselbe Glanz im Gesicht, derselbe schwarze Frack, dieselbe weiße Weste.

„Welche Freude, Sie wieder zu sehen, lieber Reiff,“ sagte Melanie und wies mit der Rechten auf einen neben ihr stehenden Fauteuil. „Sie waren immer mein guter Freund, und ich denke, Sie bleiben es.“

Reiff versicherte etwas von unveränderter Devotion und that Fragen über Fragen. Endlich aber ließ er durch Zufall oder Absicht auch den Namen Van der Straaten fallen.

Melanie blieb unbefangen und sagte nur: „Den Namen dürfen Sie nicht nennen, lieber Reiff, wenigstens jetzt nicht. Nicht als ob er mir unfreundliche Bilder weckte. Nein, o nein. Wäre das, so dürsten Sie's. Aber gerade weil mir der Name nichts Unfreundliches zurückruft, weil ich nur weiß, ihm, der ihn trägt, wehe gethan zu haben, so quält und peinigt er mich. Er mahnt mich an ein Unrecht, das da-

durch nicht kleiner wird, daß ich es in meinem Herzen nicht recht als Unrecht empfinde. Also nichts von ihm. Und auch nichts . . .“ Und sie schwieg und fuhr erst nach einer Weile fort: „Ich habe nun mein Glück, ein wirkliches Glück; mais il faut payer pour tout et deux fois pour notre bonheur.“

Der Polizeirat stotterte eine verlegene Zustimmung, weil er nicht recht verstanden hatte.

„Wir aber, lieber Reiff,“ nahm Melanie wieder das Wort, „wir müssen einen neutralen Boden finden. Und das werden wir. Das zählt ja zu den Vorzügen der großen Stadt. Es giebt immer hundert Dinge, worüber sich plaudern läßt. Und nicht bloß um Worte zu machen, nein, auch mit dem Herzen. Nicht wahr? Und ich rechne darauf, Sie wiederzusehen.“

Und bald danach empfahl sich Reiff, um die Droschke, darin er gekommen war, nicht allzu lange warten zu lassen. Melanie aber sah ihm nach und freute sich, als er wenige Häuser entfernt dem aus der Stadt zurückkommenden Nubehn begegnete. Beide grüßten einander.

„Reiff war hier,“ sagte Nubehn, als er einen Augenblick später eintrat. „Wie fandest Du ihn?“

„Unverändert. Aber verlegener als ein Polizeirat sein sollte.“

„Schlechtes Gewissen. Er hat Dich aushorchen wollen.“

„Glaubst Du?“

„Zweifello. Einer ist wie der andere. Nur ihre Manieren sind verschieden. Und Reiff hat die Harmlosigkeit-Allüren. Aber vor dieser Species muß man doppelt auf der Hut sein. Und so lächerlich es ist, ich kann den Gedanken nicht unterdrücken, daß wir morgen ins schwarze Buch kommen.“

„Du thust ihm Unrecht. Er hat ein Attachment für-

nich. Oder ist es meinerseits bloß Eitelkeit und Einbildung?“

„Vielleicht. Vielleicht auch nicht. Aber diese guten Herren, . . . ihr bester Freund, ihr leiblicher Bruder ist nie sicher vor ihnen. Und wenn man sich darüber erstaunt oder beklagt, so heißt es trouisch und achselzuckend: c'est mon métier.“

Eine Woche später hatte das neue Jahr begonnen und der Zeitpunkt war da, wo das junge Paar aus seinem Inkognito heraustreten wollte. Wenigstens Melanie. Sie war noch immer nicht bei Jakobine gewesen, und wiewohl sie sich, in Erinnerung an den unbeantwortet gebliebenen Brief, nicht viel gutes von diesem Besuche versprechen konnte, so mußte er doch auf jede Gefahr hin gemacht werden. Sie mußte Gewißheit haben, wie sich die Gryczynskis stellen wollten.

Und so fuhr sie denn nach der Alsenstraße.

Schwereren Herzens als sonst stieg sie die mit Teppich belegte Treppe hinauf und klingelte. Und bald konnte sie hinter der Korridor-Glaswand ein Hin- und Herhuschen erkennen. Endlich aber wurde geöffnet.

„Ah, Emmy. Ist meine Schwester zu Haus?“

„Nein, Frau Kommerzien . . . Ah, wie die gnädige Frau bedauern wird! Aber Frau von Pehyn waren hier und haben die gnädige Frau zu dem großen Bilde abgeholt. Ich glaube: Die Fackeln des Nero.“

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, 27. September. Zur **Zuchthausvorlage** berichtet der Hannov. Kur.: „Es ist weder von einem Widerspruche dieser oder jener Bundesregierung, noch von einer Meinungsverschiedenheit in der Reichsregierung oder im preussischen Staatsministerium die Rede. Ueber die **Notwendigkeit schärferer Repressivmittel herrscht allgemeines Einverständnis**, über eine konkrete Vorlage aber können Meinungsverschiedenheiten schon deshalb nicht bestehen, weil eine solche aus dem Reichsamt des Innern überhaupt noch nicht hervorgegangen ist.“

Das nationalliberale Blatt bedauert das: „nachdem die Deynhäuser Rede einmal gehalten ist“, müsse der Wortlaut des Gesetzesentwurfs sobald als möglich an die Öffentlichkeit gelangen.

Ueber den Betrieb der **Väckerereien** und **Konditoreien** ist in der Bundesratsverordnung unter anderem bestimmt worden, daß die Gehilfen außerhalb der zulässigen Arbeitsschichten nur zu gelegentlichen Dienstleistungen verwendet werden dürfen. Als das Entscheidende bei dem Begriff dieser gelegentlichen Dienstleistungen hat der preussische Handelsminister jetzt den Umstand bezeichnet, daß sie nicht zur Befriedigung regelmäßiger Bedürfnisse des Väckereigewerbes dienen, sondern nur gelegentlich, d. h. ab und zu, ohne feste Regel erforderlich werden.

Der preussische Kultusminister macht die nachgeordneten Behörden darauf aufmerksam, daß in der amtlichen Geschäftssprache des Unterrichtsministeriums fernerhin die Bezeichnungen **Bandesuniversitäten** oder **Universitäten** auch die Akademien zu Münster und das **Byceum Hosianum** zu Braunsberg mitumfassen, wenn nicht eine Beschränkung durch einen besonderen Zusatz oder die Natur der Sache gegeben ist.

Die Uebertragung der staatlichen Schulaufsicht an einen von ihr gewählten Stadtschulrat ist der Gemeinde Charlottenburg von dem Kultusminister Woffe nicht erlaubt worden. Es soll eben alles bürokratisiert und von Staats wegen vermindert werden; die berühmte „Selbstverwaltung“ der Stadlgemeinden ist die reine Fiktion.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die **Verleihung des „Charakters“** Wirklicher Geheimrat mit dem Titel Excellenz an den Vorsitzenden der Reichskommission für Arbeiterstatistik **Geheimrat Fied.** Für die Sozialstatistik hat Herr Fied aber auch gar nichts getan.

Die Nationalzeitung schreibt: „Es wird uns bestätigt, daß die italienische Regierung eine Verständigung über Maßnahmen gegen den Anarchismus bei den europäischen Kabinetsräten angeregt hat; der Vorschlag einer Konferenz ist jedoch von ihr bis jetzt nicht gemacht worden. Die allgemein gehaltene Anregung ist Zustimmung aufgenommen worden; man erwartet zunächst die näheren Vorschläge der italienischen Regierung.“

Das Berliner Tageblatt mag sich freuen. Die „Reinigung“ der **Kriegervereine**, wie sie das Landratsamt in Gardelegen vorzunehmen gedenkt, geht der freikonservativen Stimmung der Post zu weit. Sie meint, gegen diese landräuliche Anstalt, „ob gegen einige Mitglieder der Verdacht vorliegt, daß sie sozialdemokratisch gesinnt sind, oder sich zur freimüthigen Volkspartei rechnen“, müsse entschieden Verwahrung eingelegt werden. Wer, wie jenes landräuliche Schreiben, Sozialdemokraten und andere bürgerliche Oppositionsparteien auf gleiche Linie stelle, gebe der Unterstellung Raum, daß das Vorgehen in erster Linie der politischen Opposition als solcher gelte. Der Post ist das Vorgehen „unerwünscht“ mit Rücksicht auf die Wahlen, „namentlich angeht es die von den Gegnern aufgestellten und jetzt in dem nationalliberalen Wahlauftruf wiederholten Behauptung, daß die vorjährige Vereinsgeschwulst ihre Spitze gegen alle Oppositionsparteien gerichtet habe.“ Das Blatt erwartet, daß die Staatsregierung beim Landratsamt in Gardelegen alsbald „Remedur“ eintreten lassen werde.

Magdeburg, 26. September. Der Kassierer der Central-Krankenkasse der Schuhmacher hatte bekanntlich einen auf zehn Mark lautenden Strafbefehl erhalten, weil bei der behördlichen Revision der Kasse 90 Pfg. zu viel darin gefunden wurden. Wegen dieses Vorgehens sollten auch zwei Revisoren und der Vorsteher mit je 5 Mark bluten. Die hiergegen beantragte richterliche Entscheidung hatte Erfolg. Die Strafe von 10 Mark wurde auf 3 Mark herabgesetzt, auch wurden die übrigen Strafbefehle aufgehoben. Der Anwalt beantragte selber die Aufhebung der Strafbefehle.

Hamburg, 26. September. Die Sozialdemokratie Hamburg hat für Montag und Dienstag 26 Protestversammlungen in allen Teilen des Hamburgischen Gebiets einberufen. Sechs Reichstagsabgeordnete referieren über den neuesten Ansturm der Reaktionen.

Gleichzeitig sollen etwa 100000 Flugblätter verbreitet werden, in denen zur Aufrechterhaltung des Boykotts gegen die den Minimallohn für die Gesellen verweigenden Väckereimeister aufgefordert wird.

d. Offen, 25. September. Eine sehr stark besuchte Protestversammlung gegen die Zuchthausvorlage nahm folgende Resolution einstimmig an:

Die heutige Versammlung protestiert entschieden gegen jeden Versuch, das Recht der Arbeiter auf Vereinigung abzuschaffen, oder auch nur zu beschränken. Soll die Entwicklung der sozialen Verhältnisse in gesunder, natürlicher Weise vor sich gehen, dann darf der Lohnarbeiterstand nicht noch mehr von dem mit unbeschränkter Freiheit ausgestatteten Kapital geknebelt werden, sondern es sind alle noch bestehenden Hemmnisse der Vereinigungsfreiheit der Arbeiter abzuschaffen.

Mit Entrüstung wendet sich die Versammlung gegen den dreifachen Versuch der rheinisch-westfälischen Großkapitalisten, das Attentat in Genf in Verbindung mit der organisierten deutschen Arbeiterschaft. Wenn in Deutschland überhaupt von einem gemeinsamen gefährlichen Anarchismus die Rede sein kann, dann ist es die Anarchie, die lediglich bei den großen Grundbesitzern sich entbülte, in der Ausnutzung der Menschen; ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Leben der Arbeiter wirtschaftet das Kapital in wahrhaft anarchischer Weise. Gegen diese Anarchie sind gewisse scharfe Gesetze nötig zum Wohle des ganzen Gemeinwehens.

Stuttgart, 26. September. Die Deutsche Volkspartei hielt vorgestern und gestern hier ihren Parteitag ab. Dabei sind „Vertimmungen“ und „Erörterungen“ zum Austrag gekommen. Den ersten Anlaß hierzu gab schon das als Hauptpunkt auf der Tagesordnung stehende Referat Sonnemanns über die zweijährige Thätigkeit der Kommission zur Beratung des Antrags betr. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Sonnemann hat schon vor zwei Jahren dem Parteitag seinen Antrag unterbreitet, den er auf dem vorjährigen Parteitag näher erläuterte; er will eine fakultative kommunale Arbeitslosenversicherung mit Zwangscharakter für die Beteiligten einführen. Die Versicherungslast soll verteilt werden auf die Versicherten, die Unternehmer, die Kommunen und den Staat. Dieser Plan

ist schon auf dem vorjährigen Parteitag auf den Widerspruch mehrerer Redner gestoßen, und in der Kommission hat man sich nicht einigen können. Als im vorigen Jahr in einer Zeitungsnotiz irrtümlich gemeldet wurde, daß Sonnemann seinen Antrag zurückgezogen habe, erklärte Herr Waller in einer Stuttgarter Versammlung sogar elliptisch, die Volkspartei könne Sonnemann dafür nur dankbar sein. Inzwischen scheint nun die Veröhnung der widerstreitenden Geister keine Fortschritte gemacht zu haben. Denn als am Sonntag Herr Sonnemann seinen Bericht über die Thätigkeit der Kommission erstatten sollte, mußte der Vorsitzende mitteilen, daß der Berichterstatter nicht erschienen sei. Das erste Mal seit 30 Jahren fehlte Sonnemann auf dem Parteitag der Volkspartei, obwohl er als Referent angekündigt war! Zur Beschwichtigung der verwunderten Gemüter versicherte Payer, „materielle Differenzen“ beständen in der Kommission nicht.

Vorwürfe gab es fobann wegen der Haltung des Parteivorstandes gegenüber dem demokratischen Reichstagskandidaten in Gütth. Dort stand der freisinnige Weiß dem Volksparteiler Conrad gegenüber und der Vorstand der Volkspartei forderte merkwürdigerweise zur Unterstützung des Freisinnigen auf. Dem Parteivorstandesführer (Ruppert-Münchberg) erwiderte Payer, die „politische Klugheit“ habe die Haltung des Vorstandes diktiert, da es sich zugleich um die freisinnige Unterstützung in Ansbach gehandelt habe!

Aus den geschäftlichen Beschlüssen ist mitzuteilen, daß der Vorort von Stuttgart nach Frankfurt a. M. verlegt wurde und der nächste Parteitag in Mainz abgehalten werden soll. Größere Vorträge wurden 3 gehalten. Er sprach Dr. Duldbe-München über die Reichspresse im deutschen Reich, Reichstagsabgeordneter Hoffmann über die Abstrahlungsfuge und Reichstagsabgeordneter Konrad Hausmann über die durch die Reichstagswahl geschaffene politische Lage.

Keine politische Nachrichten. Auf dem Militär-Schießstande in Altdamm i. B. wurde dieser Tage der Sergeant Weibel vom 2. Krabattabattillon, der unter die Scherbe getreten war, erschossen. Die militärgeschichtliche Untersuchung hat ergeben, daß die Schuld allein dem Sergeanten selbst zuzurechnen ist. Der Unglücksfall sei infolge vorchriftswidrigen Verhaltens Weibels eingetreten. — „Aus Scham“ über die geringe Wahlbeteiligung hat beauftragt der Bürgermeister in dem badischen Ort Sand am Waldbreis Offenburger Kreis 72 nicht abgegebene Wahlzettel der Wahlurne einverleibt. Jetzt stellt sich nach der Frankf. Btg. weiter heraus, daß in der Urne nicht ein einziger Centrumswahlzettel vorhanden war, während von der Offenburger Staatsanwaltschaft ein Sander Bürger erklärt hat und dies namentlich beschwören will, daß er einen Centrumswahlzettel abgegeben hat. Nach dem Offenburger Centrumswahlzettel von einer Amtsenthebung des Bürgermeisters und der bei dem Wahlakt mitwirkenden Gemeindebeamten noch nichts bekannt. — Die Nationalliberalen in Königsberg i. Pr. haben für die Landtagswahlen ein Kompromiß mit den beiden freisinnigen Gruppen geschlossen. — Ein angeblicher „Diplomat“ erklärt in einem Artikel der englischen Zeitschrift **Fortnightly Review**, daß in dem englisch-deutschen Vertrag beide Mächte über das Vorkaufrecht für alle portugiesischen Besitzungen in Afrika übereingekommen seien; der Vertrag definiere die Interessensphäre beider Vertragsmächte in diesen Kolonien und bestimme das gegenseitige Verhältnis der Kräfte und Pachtsumme. Das erste Resultat des Vertrags würde die Pachtung der Delagoabai durch England sein. Ohne „Pachtung“ geht es nicht mehr! — Ein Lloyd-Telegramm aus Portugal (Halbinsel im Konak) meldet vom 26. d. M.: Heute früh fliegen die englischen Schiffsjungen-Schulschiffe **Wanderer** und **Voscaen** zusammen. Voscaen wurde nur unbedeutend beschädigt, vom Wanderer wurden die Fockstange, die Kreuzstange und die oberen Masten weggerissen, so daß das Schiff eingeschleppt werden mußte. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen. — Der Kurzer Bogzmann (Pöfener Kurier) meldet aus Warschau, daß die katholischen Priesterseminare in Bioclamet, Seiny und Sandomir von der russischen Regierung geschlossen worden seien. Als Grund gilt, daß die Regierung die Anwendung der russischen Sprache bei verschiedenen Unterrichtsgegenständen verweigert habe, und sich dem die Bischöfe widersetzen hätten.

Oesterreich-Ungarn.

Die Eröffnung des österreichischen Reichsrats. — Der Arbeitsbeirat.

Wien, 26. September. Der Reichsrat ist unter ungewöhnlichem Andrang des Publikums und mit einem großen Polizeiaufgebot vor dem Hause eröffnet worden. Dem Wunsche des Präsidiums Folge leistend, erschienen die Abgeordneten in schwarzer Kleidung. Abgeordneter Varenther brachte einen Antrag auf Aufhebung des Paragraphen 14 ein. Der zahlreiche Einspruch wird erst in der nächsten Sitzung am Donnerstag verlesen werden.

Graf Thun fordert den Abgeordneten Jurkan auf, das Alterspräsidium zu übernehmen. Nachdem dies geschehen, leitete Jurkan die Konstituierung des Hauses ein und hebt hervor, die tiefe Trauer, von der das Reich erfüllt sei, werde den würdigsten Ausdruck finden durch den Beschluß des konstituierten Hauses. Aus diesem Grunde schreitet der Alterspräsident sofort zur Einleitung der Wahl des Präsidenten.

Zum ersten Präsidenten wird der Merikale Fuchs mit 205 Stimmen gewählt. 119 Stimmzettel sind unbeschrieben. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Slowene Ferjanec, zum zweiten der Rumäne Lupul gewählt.

Präsident Fuchs hielt eine ergreifende Trauerrede anlässlich des Ablebens der Kaiserin, in der er ausführte, daß Worte nicht hinreichen, um einerseits dem Entschenen über die ruhmvolle That, der die Kaiserin zum Opfer gefallen ist, andererseits den Gefühlen des Weilsids und der Trauer genügenden Ausdruck zu geben. „Aus tiefem Schmerze um die Verblühene ringt sich der heisse Wunsch aller Völker heraus: Gott möge dem Kaiser Kraft verleihen, diese schwere Prüfung zu tragen.“

Das Haus gab seine Zustimmung, daß die Weilsidskundgebung dem Protokoll einverleibt werde. Ferner wurde das Präsidium ermächtigt, die Kundgebung dem Kaiser zu unterbreiten. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Gestern trat unter Vorhitz des Handelsministers Dr. v. Varnreither der dem statistischen Amte beigegebene Arbeitsbeirat zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. In seiner Ansprache bemerkte der Handelsminister, die brennendste Frage der sozialen Gesetzgebung sei die Reform der Unfall- und Krankenversicherung.

Auch über die Bearbeitung und Fortführung oder etwaige Ergänzung des Werkes über die gewerblichen Genossenschaften wird das neue Amt des Gutachten des Arbeitsbeirates eingeholen. Eine weitere Aufgabe des arbeitsstatistischen Amtes werden die fortlaufenden Veröffentlichungen des Organes sein, das den selben Zweck verfolgen soll, wie die englische Labour-Gazette (die vom britischen Handelsamte, dem Board of Trade, herausgegeben; gut unterrichtende Arbeits-Zeitung). Die brennendste Frage der sozialen Gesetzgebung sei die Reform der Unfall- und Krankenversicherung. Er habe bewußt die Gegen-

sätze im Arbeitsamte vereinigt, da ein Resultat bei dem Besuche der Lösung der schwierigen Probleme nur dann zu erwarten sei, wenn die entgegenstehenden Interessen eine loyale und sachlich ernste Vertretung fänden. Durch das gegenseitige Sichansprechen würden allmählich das Mißtrauen und die einseitigen Parteiansichten schwinden, die heute noch zwischen den wirtschaftlichen Klassen der Bevölkerung sich ausbreiten.

Der Handelsminister stellte fobann den Ministerialrat Viktor Matasa, einen sehr fähigen Fachmann, als zukünftigen Vorstand des Amtes vor.

Frankreich.

Die Revision. — Kolonien. — Fashoda.

Paris, 26. September. (Wiederholt, weil nur in einem Teile der gestrigen Auflage mitgeteilt.) Das Ministerium einigte sich in seiner heutigen Sitzung dahin, die Revision im Prozeß Dreyfus einzuleiten und die Akten dem Kassationshof zu übermitteln. Präsident Faure kehrt nach Paris zurück.

Eine amtliche Note besagt: Heute vormittag fand unter dem Vorsitz Brissons ein Ministerrat statt. Auf den Beschluß des Ministerrats wird der Justizminister das ihm eingereichte Revisionsgesuch dem Kassationshofe zu stellen. Der Justizminister teilte mit, er werde den Generalprokurator anweisen, daß jeder Angriff auf die Arme unverzüglich gerichtlich verfolgt werde.

Die Kölnische Zeitung schreibt zu dem Beschlusse des französischen Ministerrats, die Entscheidung trage den Keim von Verwickelungen in sich, die zur Katastrophe führen würden. Die Entscheidung des Kabinetts für die Revision bedeute eine Kriegserklärung der bürgerlichen an die militärische Gewalt. Das Kabinet Brisson habe vor einer der schwierigsten Entscheidungen gestanden, die je ein Ministerium der dritten Republik zu fassen hatte. Es sei zu begrüßen, daß Brisson sich nicht zum Mitschuldigen von Verbrechen und Verbrechen gemacht habe.

Das heute abend verbreitete Gerücht von der Demission des Akerbauministers Viger bestätigt sich nicht. Viger bekämpfte im Ministerrate die Revision des Dreyfus-Prozesses, fügte sich aber nach dem Vorgange des Justizministers Sarrien vor der Entscheidung der Mehrheit des Ministerrats.

Die Petite Republique berichtet, daß in dem gestrigen Ministerrat beschlossen worden ist, dem Statthalter von Paris, General Jurlinden, eine Rüge zu erteilen, weil er die ministeriellen Befehle in der Picquet-Angelegenheit nicht befolgt habe.

Die Esterhazy-Enthüllungen wirken. Wie der Gaulois mitteilt, war es Esterhazy, der den Oberst Henry vor dem Disziplinargericht als Fälscher denunzierte. Die Drumontsche Libre Parole meldet, Esterhazy richtete an den Kriegsminister General Chanoine ein Telegramm, in dem er die Mitteilung des Londoner Observers, er habe eingestanden, der Urheber des Vorderaun zu sein, für falsch erklärt? Rochefort erzählt im Zutranfugeant, Esterhazy sei von ihm und zwei anderen Debatteuren seit Jahresfrist mit monatlich 300 Franken unterstützt worden. Esterhazy, der diese Unterstützung in letzter Zeit nicht in Kupreich genommen, müsse jetzt von dem Dreyfus-Syndikat Geld erhalten haben.

Genosse Faure bespricht in der Petite Republique die deutschen Bestätigungen der Echtheit des petit blanc (des Rohrpostbriefes an Esterhazy): „Wilhelm II. hofft, Deutschland die Sympathien der Freigeister zuzuwenden, die bisher trotz unserer Niederlagen nach dem Frankreich der Revolution“ keltig, der Wächterin der Humanität. Frankreich brutalisiert und verwildert unter den Generalen und Jesuiten; es liefert das Recht an die Gewalt aus, und Deutschland, das den Preußen und Unteroffizieren gehört, bietet die Wahrheit dar durch diskrete, Auge Offenbarungen, ohne den Frieden zu gefährden, nur um das Unrecht gut zu machen, das die Menschheit schändet.“

Die Petite Republique enthält die Thatsache, daß Staatsanwalt Wattines, der für den Generalstab die geheime Voruntersuchung über den Rohrpostbrief geführt hat, General Villols Schwiegerjohn ist.

Nach einer Depesche aus Saint Louis, Senegambien (der afrikanischen Landschaft zwischen dem Senegal, Gambia und Rio Grande, die sich vom Atlantischen Ocean ostwärts bis zur Wasserfcheide gegen den Niger erstreckt und im Süden von der Sierra Leone, im Norden durch die Sahara begrenzt ist), hat Lieutenant Wölffel am 9. d. M. bei No. 60 Kilometer vom Cavallusflusse entfernt, mehrere Vanden Sotas „vernichtet“ und nach sechsstündigem Kampfe den Sohn Samoris, der die französischen Truppen zu überraschen versuchte, zurückgeschlagen. Unter den Toten befindet sich Biloli, der Stellvertreter Samoris. Wölffel machte 5000 Gefangene und erbeutete eine große Menge Flinten und Munition. Infolge des Sieges haben sich 20000 Eingeborene unterworfen und 3000 Flinten ausgeliefert. Wölffel traf darauf wieder mit den Truppen des Hauptmanns Gaden zusammen, von denen er begeistert empfangen wurde. Auf französischer Seite war ein Tirailleurs verwundet worden.

Der Kolonialminister teilte im Ministerrate eine Depesche aus Saint Louis über die Niederlage Samoris mit.

Der Minister des Aeußern, Delcasse, hat heute die Bestätigung der Ankunft der Mission Marchands in Fashoda erhalten; Marchand und seine Begleiter sind am 10. Juli bei guter Gesundheit in Fashoda eingetroffen. Die Nachricht wurde dem Minister durch den Vertreter Frankreichs inairo übermitteln und durch den hiesigen englischen Volschaster bestätigt.

Dänemark.

Holm 7.

Kopenhagen, 26. September. Heute ist der Schneidermeister Peter Holm im Gefängnis gestorben. Holm hat in der dänischen Sozialdemokratie eine große Rolle gespielt. Er war der erste Sozialdemokrat, der in das Folketing einzog, und war in den letzten Jahren Vizepräsident des Kopenhagener Gemeinderates. Als Gemeinderatsmitglied hat er seine Stellung mißbraucht und bei Grundstückskäufen eine zweifelhafte Rolle gespielt, die noch nicht völlig aufgeklärt ist. Infolgedessen mußte er sein Abgeordnetenmandat niederlegen und aus dem Gemeinderate ausscheiden.

In der Untersuchungschaft, die sich in die Länge zog, wurde Holm von einer Lungenentzündung befallen, der er nun erlegen ist. Es wird das Gerücht noch nach seinem Tode festzustellen haben, ob die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen im vollen Umfange gerechtfertigt waren.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

Allen umlaufenden Gerüchten gegenüber erklären wir, daß die für heute abend einberufenen

5 Volksversammlungen

nicht verboten sind.

Das Agitationskomitee.

Gemeinnütziger Verein, Gautzsch.

Mittwoch den 28. September

Oeffentl. Versammlung in Matthäis Gasthof.

Tagesordnung: 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag: Unsere Volksschule. Referent: Herr Schriftsteller Manfred Wittich. 3. Hierzu Diskussion. 3. Gemeindeangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Es gros. **Saxonia-Drogerie** Endetail. Inh.: Fr. Schuster **Leipzig-Oetzsch-Gautzsch** Oetzsch: Ecke Haupt- und Gautzscher Strasse. Fernsprecher: 3533. [9005]



Vollbücklinge
Hamburger Packung, 8½ 36/40 Stk., Mk. 1.60.
Ritterstr. 31/33 **Rich. Pfeiffer**, Ritterstr. 31/33.
Fernsprecher I, 2705.

Direkt von Aachen!!

weltberühmt durch roelle prämierte Tuche, versenden wir zu anerkannt billigen Preisen **Anzug- u. Paletotstoffe** vom einf. bis feinsten. Tausende Empfehlungen u. garantiert ca. **30 000** Kunden beweisen unsere grosse Beliebtheit. Grosse Musterwahl franko. Berühmte Specialität: **Monopol-Cheviot**, reine Wolle, echte Farbe, schwarz, blau, braun, 3 Meter zum gediegenen Anzuge 12 Mark! **Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 204.**

Möbel und Polsterwaren

eigener Anfertigung von den einfachsten bis zu den elegantesten und zu wirklich billigen Preisen kauft man bei **Ernst Rehm vorm. H. Lange** L.-Lindenau, Nähe der Post, **Querstr. 4.** Komplette Zimmer-Einrichtungen sowie einzelne Möbel stets in großer Auswahl am Lager. [7878]

mit 10 Proz. Rabatt

Nur durch großweiser Bezug aus ersten Fabriken kann ich jede **Taschen-Uhrfeder** garantiert u. nachweislich erste Güte für **75 Pfg.** einlegen.

Für Haltbarkeit 3 Jahre Garantie. Die alte (zerbrochene) Feder wird sofort zurückgegeben. [3978]

M. Kemski
Nürnberger Str. 6
Specialgeschäft für Uhren.

mit 10 Proz. Rabatt

Zum Quartals- u. Wohnungswechsel

empfehle ein großes Lager extra gut und dauerhafter, teils im eigenen Geschäft fabrizierter **Möbel jeden Genres, ganzer Wohnungs-Einrichtungen, wie auch einzelne Gegenstände** zu enorm billigen Preisen bei tulanter und aufmerksamer Bedienung. Freier Transport im Umkreis von 10 Stunden. Aufsicht ohne Kaufzwang zu jeder Zeit, auch Sonntags gern gestattet.

Gohliser Möbelhalle
Hermann Fontius
Gohlis, Neuh. Gasse Str. 106, neben dem Würzburger Hof u. der roten Säule.

Connewitzer Möbel-Halle.
Die grösste der Südvorstadt.
Stöckartstr. 11 und Bornaische Str. 32.
Empfehle alle Möbel, Spiegel und Polsterwaren billigt unter Garantie.
Moritz Freyer.

PATENTE. Gebrauchs-Muster.
Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:
Ed. Breslauer, Ingenieur Goethestrasse 7.

Fernsprech-Amt III, 5879.

Dampfbrauerei Zwenkau

Abteilung für Flaschenbiere und Syphons
Kellerei: Nonnenbrauerei, L.-Plagwitz, Nonnenstr. 25
empfiehlt ihre mit der **Königl. Sächs. Staatsmedaille** prämierten Biere, hergestellt aus den vorzüglichsten Rohmaterialien. **Originalfüllung in 1/2 Liter-Flaschen und Syphons zu 5 Litern.** [6978]

Hochfeinste Süsrahm-

Margarine

Rotterdam York Bussel

Holländischer Verein für Margarine-Fabrikation

Wahnschaffe & Co. Cleve

Filiale Cleve Hees Delfshaven

Leipzig

Eigene Special-Doppelwaggons fortwährend eintreffend.

Fernsprecher 2952, I. **Mittelstrasse 18 a.** Fernsprecher I. 2952.

Marienbad
Leipzig-Neuschönefeld
Eisenbahnstrasse Nr. 66.
Konradstrasse 25.
Schwimmbassin 20°

Dampfbäder, russische, türkisch-irische, Voll- und Teil-Dampfbäder, Einpackungen, Specialformen, anerkannt vorz. Massage. Damenzeit von 1-4 Uhr nachm. Schwimmbassin, kristallklares Wasser. Damenzeit: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von 1/2-11 Uhr vorm. **Banendbäder I. u. II. Klasse** für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [3658]

Meine als vorzüglich anerkannten **Meuselwitzer Brikets** „Marke Fortschritt“ verkaufe ab Lager immer noch zu Sommerpreisen.
1 Ctr. = 150 Stk. à 60 Pf.
10 Ctr. = 1500 Stk. à 58 Pf.
Karl Einführer
L.-Reudnitz, Gaussestrasse 30.
Fernspr.-Amt I, 4086. [8901]

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch zur gefälligen Kenntnisnahme, daß das früher von Herrn R. Syrbe, D.-Thonberg, betriebene **Fleischer-Geschäft** in meinen Besitz übergegangen und ich dasselbe Dienstag den 27. September bestens renoviert, neu eröffne. Ich werde es mir äußerst angelegen sein lassen, das Vertrauen, welches mir nach langjähriger Thätigkeit in meinem Geschäft, Plagwitz, Mühlentstraße 33, in so reichem Maße zu teil wurde, auch in Thonberg zu erwerben, indem ich zu solchen Preisen nur auf beste Fleisch- und Würstwaren halten werde. Einem regen Zuspruch der verehrten Bewohner von Thonberg, Neureudnitz und Umgegend entgegengehend, zeichnet mit aller Hochachtung **Anton Pöschl, Fleischermeister.** Ferner fühle ich mich veranlaßt, meiner werthen Kundsch. von Plagwitz für ihr freundliches Entgegenkommen meinen besten Dank auszusprechen.

E. Holzmann
4 Königsplatz 4.
Billigste Reparatur-Workstatt.
Steter Eingang patentierte Neugehen in:
Gummi-Waren zur Gesundheitspflege in bester Qualität bei **Frau Auguste Graf** allein noch Altfotastr. 4. [8901]



Welches Unglück, einen Schwiegervater gehabt zu haben!



Drumont: Auf, Fest! Ober ich, sage alles! (Petite République.)

Zu unserem Bilde.

Daß eine Schwiegermutter etwas Böses sein kann, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Dagegen die Schwiegerväter — ja, die gelten im allgemeinen für recht angenehme Gesellschafter und wenn wir den deutschen und französischen Possenfabrikanten Glauben schenken wollen, deren Werke auf unseren Bühnen so gern gegeben werden, so sind sie gewöhnlich lustige Herren, die den Schwiegeröhnen aus der Patsche helfen. Es kann aber auch anders sein. Und das hat ausgiebig der schöne Felix I. erfahren, dem das Glück zu teil geworden ist, Präsident von Frankreich zu werden. Als er heiratete, bedachte er nicht genügend seine künftige Laufbahn. Sonst hätte er kaum die Tochter eines Mannes geheiratet, der im Zuchthaus hätte sitzen müssen, wenn er nicht so klug gewesen wäre, rechtzeitig durchzubrennen und sich nur in contumaciam verurteilen zu lassen. Denn auf diese Weise gab er strupelosen Lenten eine Waffe in die Hand, ihn, den Korvetten, zu verfolgen. Felix mag thun, was er will: er ist keinen Tag sicher, daß ihm nicht der Widersacher damit droht, die schmutzige Wäsche des Schwiegervaters des Präsidenten vor der Öffentlichkeit zu waschen. Neuerdings, beim Dreifußstand, hat sich namentlich der Antisemitenhäuptling Drumont, der Herausgeber der Libre Parole, auf diese wenig anständige Art des Kumpfes verlegt und droht dem armen Felix in einem fort, die Geschichte seines Schwiegervaters zu erzählen, wenn der Präsident seinen Einfluß zu Gunsten einer Revision des Dreifuß-Prozesses geltend machen wolle. Der Zeichner unseres Bildes, das unserem Pariser Parteiorgan Petite République entnommen ist, stellt das bildlich so dar, daß er Drumont dem Präsidenten den Zuchthauskitteln zu erzählen, wenn der Präsident seinen Einfluß zu Gunsten einer Revision des Dreifuß-Prozesses geltend machen wolle. Der Zeichner unseres Bildes, das unserem Pariser Parteiorgan Petite République entnommen ist, stellt das bildlich so dar, daß er Drumont dem Präsidenten den Zuchthauskitteln zu erzählen, wenn der Präsident seinen Einfluß zu Gunsten einer Revision des Dreifuß-Prozesses geltend machen wolle.

Die Arbeiter-Konsumvereine von Leipzig und Umgegend.

I.

Die nun sämtlich vorliegenden Berichte über das Geschäftsjahr 1897/98 weisen wiederum eine erfreuliche Entwicklung aller Vereine nach und zwar sowohl in Bezug auf die Zahl der Mitglieder als auch auf die Höhe des Warenumsatzes und des daraus erzielten Reingewinns.

Konsumverein	Geschäftsstellen	Zahl der Mitglieder		Umsatz in Mark		Reingewinn in Mark		Dividende in Mark	
		1897	1898	1896/97	1897/98	1897/98	1897/98	1897/98	1897/98
Wagnitz	24	13848	16177	4489928	5441405	566967	517008		
Entzsch	8	3787	4287	969479	1072614	119671	105529		
Ostvorstädt	15	2108	8781	574868	900217	91282	88252		
Städteritz	8	1608	1756	491401	547152	65041	60184		
Connewitz	7	1445	1720	459863	581012	60959	57602		
Gautsch	1	392	427	?	192742	19560	17508		
Dölitz	3	654	727	144666	174528	23048	21515		
Zusammen	66	23337	26884	?	8009063	946526	867658		

In der 1897er Mitgliederzahl des Ostvorstädtischen Konsumvereins sind nicht mit inbegriffen die im letzten Jahre über-

getretenen etwa 1500 Mitglieder des ehemaligen Konsumvereins Neuschönefeld. Es waren also 1897 insgesamt etwa 24887 Konsumvereins-Mitglieder vorhanden, die sich bis 30. Juni 1898 um rund 4000 Mitglieder vermehrten — in der Hauptsache der Effekt der gegen die Konsumvereine gerichteten Agitation, durch die erst weite Kreise auf die Vorteile aufmerksam geworden sind, die die Konsumvereine bieten.

Zur weiteren Erläuterung der obigen Tabelle ist noch zu bemerken, daß in der letztjährigen Umsatzziffer des Konsumvereins Gaußsch 56236 Mk. für von den Mitgliedern bei den dortigen Wäldern, Fleischern und der Schweinefleischerei entnommene Waren mit enthalten sind. Die vorjährige Umsatzziffer dieses Vereins war uns nicht zur Hand.

Die Arbeiter-Konsumvereine erzielten im letzten Jahre bei einem Mitgliederbestand von 28834 und einem Umsatz von 8909665 Mk. einen Reingewinn von 946526 Mk., von welchem Betrage 867658 Mk. in Form der Dividende an die Mitglieder zurückflossen. Dies ist die Jahressumme, die nach der kuriosen Ansicht der Vereinigung gegen die Konsumvereine und seines Ex-Vorsitzenden Stadtverordneten Best, dem Vermögen der hiesigen Handelsgewerbetreibenden entzogen worden ist. In Wirklichkeit haben die Konsumgenossenschaften ihre Mitglieder um 867658 Mk. billiger mit Waren versorgt, als es die privaten Händler getan haben würden, ganz abgesehen davon, daß die Konsumvereine bei ihrer Ausdehnung schon überhaupt einen ausschlaggebenden und herabdrückenden Einfluß auf die Preisbildung der Nahrungs- und Verbrauchsmittel im Kleinhandel ausübten.

Die letztere Thatsache bildet ja zweifellos einen, wenn auch unausgesprochenen Grund für die menschenfreundliche Agitation zur Einführung einer Umsatzsteuer gegen die Konsumvereine. Die schreilichsten Agitatoren, denen das Blößen und Bedeihen des Konsumgenossenschaftswesens ein Orzuel ist, kalkulieren nämlich, daß die Konsumvereine gezwungen sein würden — um die übliche 10prozentige Dividendenhöhe weiter gewähren zu können, und um Deckung für die 2prozentige Umsatzsteuerlast zu finden — die Warenpreise entsprechend zu erhöhen, welcher Preissteigerung die privaten Händler sofort folgen würden. Das Ergebnis der Umsatzsteuer würde in diesem Falle eine allgemeine Vertenerung der Nahrungsmittel zu Gunsten der privaten Händler und eine ganz ungerechtfertigte einseitige Steuerbelastung der fast ausschließlich der Arbeiterklasse angehörenden Mitglieder der Konsumvereine sein.

Ob diese spekulative Rechnung nicht aber ein gewaltiges Loch erblieke, ist freilich noch die Frage. Es ist keineswegs ausgeschlossen, sondern vielmehr wahrscheinlich, daß es den Konsumvereinen durch gesteigerte Anstrengungen, Ausdehnung des Geschäftsbetriebes, Errichtung und Erweiterung eigener Fabrikationsbetriebe zc. gelänge, trotz 2prozentiger Umsatzbesteuerung den verhältnismäßig gleichen Reingewinn und damit den bisherigen Dividendenfuß zu erkräftigen. Die Umsatzsteuer brächte dann den Kleinhandlerrischen Gegnern der Konsumvereine überhaupt keinerlei Gewinn, ihr einziger Effekt wäre dann die Sonderbesteuerung der Konsumvereinsmitglieder, die einer Strafaufgabe so ähnlich sähe, wie ein Et dem anderen.

Aber wenn es den Konsumvereinen auch nicht oder nicht völlig gelänge, die Umsatzsteuer durch intensiveren Betrieb auszugleichen, wer sagt denn den Herren Konsumvereinsstörern, daß ein Dividendenrückgang um 1 oder 2 Prozent einen Mitgliederabfall herbeiführen werde. Die lediglich dank der gegnerischen Agitation in den letzten Jahren eingetretene Anschwellung der Mitgliederziffer läßt eher das Gegenteil erwarten, zumal dann selbstverständlich der Agitation gegen die Konsumvereine eine

solche für sie entgegneten würde. Schlimmstens bliebe der Effekt der Umsatzbesteuerung derselbe wie im vorigen Falle, nur daß ihre Eigenschaft als Strafaufgabe schärfer empfunden werden würde.

Wir möchten aber diese kurze Darlegung nicht beenden, ohne das Vorgehen gegen die Konsumvereine noch durch den Hinweis charakterisiert zu haben, daß eine 2prozentige Umsatzsteuer eine mindestens 20prozentige Sonder-Einkommensteuer bedeutet. Und diese 2prozentige Umsatzsteuer gleich 20prozentige Sonder-Einkommensteuer gegen Arbeiter-Konsumvereine hat die sächsische Regierung für zulässig erklärt, obwohl dieselbe Regierung bei Beratung des sächsischen Einkommensteuergesetzes alle Anträge, den Steuerfuß bei großen privaten Einkommen auf nur 5 Prozent zu erhöhen, mit der Erklärung zurückwies, daß eine Steigerung über 4 Prozent hinaus einer Konfiskation der Vermögen gleichkommen würde. Dasselbe Argument machte sich übrigens auch bei der Beratung des sächsischen Steuerregulativs der Rat der Stadt Leipzig zu eigen. Die Freunde und Förderer der Umsatzsteuer erklären aber die Konfiskation eines 20prozentigen Teiles des Einkommens einer Genossenschaft für zulässig, deren Mitglieder Vermögen überhaupt nicht besitzen.

So viel für heute. Für eingehendere Betrachtungen hierüber wird die Zeit gekommen sein, wenn die Petition der Konsumvereinsmitglieder auf die Tagesordnung des Stadtverordneten-Salons stehen wird, worauf wir nicht mehr lange zu warten haben werden.

Und nun zurück zu den Geschäftsberichten. Es ergibt sich daraus, daß im vergangenen Jahre von den 7 Konsumvereinen das netto Einnahmen von 44975 Mk. an Steuern aufzubringen war. Unter der Umsatzsteuer würden außerdem noch rund 180000 Mk. zu bezahlen gewesen sein.

Am bedeutungsvollsten war das vergangene Geschäftsjahr zweifellos für den Entzsch'scher Konsumverein. Der von diesem Verein längst geplante Neubau eines eigenen Geschäftshauses ist im vergangenen Jahre errichtet worden und zwar auf Mockauer Flur, die außerhalb des Stadtgebietes liegt. Der Stadt Leipzig, die dem „sozialdemokratischen Konsumverein“ die käufliche Ueberlassung eines an sich verkäuflichen Bauplatzes in der Pöpscher Markt verweigerte, wird in Zukunft ein großer Teil der von dem Verein zu zahlenden Gemeinde- und Grundsteuern verloren gehen, da diese Steuern nun nach Mockau zu zahlen sein werden. Dies ist Folge einer mehr als schwächlichen Nachgiebigkeit des Rates der Stadt gegenüber dem Gesandten der Konsumvereinsgegner. — Der Neubau, der allen Bedürfnissen für die absehbare Zukunft vollaus genügt, hat mit der inneren Einrichtung einen Aufwand von 350000 Mark erfordert.

Vereine und Versammlungen.

Die Zimmerer-Versammlung, die am 20. September im Gosenhof abgehalten wurde, nahm zunächst die Abrechnung vom Sommer fest entgegen. Es ist ein Ueberschuß von 205,20 Mk. zu verzeichnen. Ein Antrag, hiernon den kranken Kameraden Wilhelm Vogt mit 30 Mk. zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Im Gewerkschaftlichen wurden die Mißstände auf den Plätzen von Wehler, Meyer, Handschuh und Pönnisch scharf gerügt. Zum 3. Punkt hielt Kamerad Bringmann aus Hamburg einen Vortrag über die Aussperrung der Zimmerer in Magdeburg und wendete sich dabei scharf gegen das Unternehmertum, das die Aussperrung nur in die Wege geleitet habe, um erstens eine Wohnungsnot herbeizuführen und dadurch einen noch größeren Gewinn einzuhelmen, und gleichzeitig unsere kräftige Organisation zu zersprengen, die in den letzten 4 Jahren von 9000 bis auf 24000 Mitglieder gestiegen ist. Weiter führt er an, daß wir in Zukunft noch mehr derartige Streiks zu führen haben dürften, da sich das Unternehmertum immer brutaler gegen unsere Organisation zeigt. Das haben wir schon in diesem Jahre gesehen, wo bis jetzt allein 80000 Mk. für Streikunterstützung ausgegeben wurden, wodurch die Verbandskasse sehr geschwächt wurde. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „In Anbetracht des gesamten Vorgehens unserer Arbeitgeber gegen die gerechte Forderung der Zimmerer sehen die Zimmerer Leipzigs die Notwendigkeit, alle Kräfte anzuspannen zur Abwehr für die fernere Zeit und schon jetzt Sammlungen vorzunehmen. Sie beschließen, bis auf weiteres allwöchentlich 800 Mk. an den Centralfonds abzuführen und diese Woche die erste Rate abzusenken.“ Mit einem Appell an die Kameraden, sich noch viel besser an dem Unterstützungsfonds zu beteiligen, damit nicht nur jede Woche die 800 Mk., sondern noch darüber hinaus zusammenkommt, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die Metallarbeiter Leipzigs hielten am Dienstag den 20. d. M. im Saale des Pantheons eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag über die Werkschließung der Gewerkschaften im Spiegel der nicht proletarischen Klassen, 2. Bericht eventuell Neuwahl des Agitationskomitees, 3. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt hatte Kollege Schlemann das Referat übernommen. Er schilderte zuerst kurz das Elend der englischen Metallarbeiter, bevor sie eine Organisation hatten, sowie die Entwicklung ihrer Gewerkschaftsorganisation und den im vorigen Jahre stattgefundenen Maschinenbauereinstreik, der 7 Monate dauerte. Redner bemerkte, daß es gerade das deutsche Unternehmertum mit seiner Presse und Herr Siemens-Berlin an der Spitze gewesen ist, das den Kampf auf die höchste Spitze trieb. Sodann kommt Redner auf die französischen Gewerkschaften zu sprechen, wo sich ein Minister auf einem der letzten Gewerkschaftskongresse für die Besserstellung der Arbeiter ausgesprochen. In Australien haben jetzt schon die Gewerkschaften den Achtstundentag errungen. Redner schilderte den Niedergang Italiens und Spaniens in wirtschaftlicher Beziehung als Folge ihrer Unterdrückungsgesetze. Auch in Rußland mache sich eine Gewerkschaftsbewegung geltend, wie der Petersburger Streik bewiesen habe. Zuletzt kommt Redner auf die Degnhäuser Kaiserrede zu sprechen und weist statistisch nach, daß eine Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung nicht notwendig sei. Auch die Auszahlung der hohen Dividenden der verschiedensten Betriebe beweise, daß sie durch die Gewerkschaften keine Verluste zu verzeichnen haben. Schließlich kritisierte der Vortragende scharf die Arbeitsnachweise der Metallindustriellen und ihre sogenannten schwarzen Listen, und forderte zum Schluß alle Metallarbeiter auf, mit zu agitieren, bis der letzte Mann in der Gewerkschaft organisiert ist. — Den Bericht des Agitationskomitees gab Kollege Schramm, wonach 10 öffentliche Versammlungen sowie 39 Werkstatversammlungen stattgefunden haben. Besonders waren es die Werkstätten von Brischow und Zöpfer, Voßmann in Gohlis, Pittler in Gohlis, Komet in Vindenu, Strauß in Anger, Kirchner in Sellaerhausen, Brachhausen und Riesner in Wahren, die von größerer Bedeutung waren. Ferner berichtet er über die Kleinindustrie, so über die Klemperer, Bauschlosser, Gelbigler, Feilenhauer und deren Streik, die alle gute Fortschritte in der Organisation gemacht haben. — Bei der Neuwahl des Agitationskomitees wurden die Kollegen Schramm, Schlemann und Reibmann gewählt, als Neuzugewandene, Schröder und Wollenberg. Zum 3. Punkt berichteten Kollege Reibmann und Schlemann über ein Vorkommnis in der Firma Groß u. Co. in Entzsch, wo 5 Mann die Arbeit niederlegten. Als sie auf den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen kamen, wurde ihnen von dem den Arbeitsnachweis führenden Herrn Chemnitz erklärt, Arbeit wäre da, aber für die, die bei

Groß u. Co. aufgehört hätten, habe er seine Arbeit. Also schwarze Pflichten Kollege Schramm meint, es müßte festgestellt werden, ob Herr Chemnitz auf seine Hand zu handeln, oder ob der Vorstand des Industriellen-Verbands die Kollegen an der freiwilligen Arbeit hindere, um die Unternehmervilligkeit in der Offenheit gründlich bloßzustellen. Nachdem noch einige Redner gesprochen, teilt Kollege Reibe mit, daß er auf seine Hand den Arbeitsnachweis führe. Er bitte, ihn bei Bedarf in Kenntnis zu setzen.

Sommerfeld. Der Gemeinnützige Verein hielt am 24. Septbr. im Lechnmannschen Gasthause eine öffentliche Versammlung ab, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes erstatteten die Gemeinderatsmitglieder Tzelle und Wilhelm Bericht über die letzten Gemeinderats-Sitzungen, woran sich eine rege Diskussion schloß. Einstimmig angenommen wurden Eingaben an die Gemeinderäte Sommerfeld und Engelsdorf um Einführung von Straßenerleuchtung in genannten Orten. Bekannt gegeben wurde, daß von der Amtshauptmannschaft eine Rückübernahme noch nicht erfolgt sei wegen Errichtung eines selbständigen Hebammenbezirks für Sommerfeld und Engelsdorf. Unter Berücksichtigung der Angelegenheiten wurde durch den Vorsitzenden die Abrechnung über das Sommerfeld, wonach von den hierzu bewilligten 50 Mk. nur 26,89 Mk. verbraucht wurden. Nach Prüfung der Abrechnung durch die Revisoren Albrecht und Burjahn wurde dem Vorstand auf Antrag einstimmig Decharge erteilt. Weiter wurde eine Eingabe an die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen beschlossen, die eine weitere Ausdehnung der Gültigkeit der Arbeiterwochenarten verlangt. Auf Kosten des Vereins sollen je vier Exemplare der periodischen Zeitschrift: Freier Bund gehalten werden und in den 4 Lokalen zur Einsichtnahme für unsere Mitglieder ausliegen. Eine längere Debatte entspann sich noch über die Kopfsteuer und wurde allseitig gewünscht, daß der Verein zu geeigneter Zeit für ein gerechteres Steuersystem eintritt. Anlässlich der im Dezember stattfindenden Gemeinderatswahlen wird beschlossen, daß der Verein in seiner Oktoberversammlung hierzu Stellung nehme.

Aus der Partei.

Bruno Geiser f. Am 25. September ist in Breslau, seinem Wohnsitz, nach langem Leiden Bruno Geiser im Alter von 52 Jahren gestorben. Am 10. April 1846 in Breslau als Sohn eines Magistratssekretärs geboren, wirkte er schon frühzeitig für die Partei in Wort und Schrift und förderte die Bewegung in Breslau und Schlesien in den siebziger Jahren erheblich.

Er war mehrfach Delegierter auf Parteikongressen, auch Vertrauensmann der Vergente beim großen Waldenburger Ausstand im Jahre 1869. Von Breslau ging Geiser gegen Mitte der siebziger Jahre nach München, um dort den Zeitgeist zu redigieren, trat dann in die Redaktion des Volksstaats in Leipzig, der unter der Leitung Dieblich stand, dessen Schwiegerjohn Geiser später wurde, und übernahm im Jahre 1877 die Redaktion der Neuen Welt, die er bis zu ihrem Eingange im Jahre 1886 geleitet hat. Im Jahre 1881 wurde Geiser von Chemnitz in den Reichstag gewählt. Auch bei den Neuwahlen im Jahre 1884 behauptete er das Chemnitz Mandat, das 1887 der Partei vorübergehend verloren ging.

Geisers Weigerung, den Ruf zur Einberufung des St. Gallener Kongresses mit zu unterschreiben, führte den Kongressbeschluss herbei, ihn die Vereidigung, Parteimitglied zu belassen, abzuschließen. Auf dem Parteitag in Berlin (1892) wurde dieser Beschluss auf Antrag von Breslauer Genossen wieder aufgehoben. Geiser hat eine Anzahl Schriften politischer und sozialdemokratischer Art veröffentlicht. Er hinterläßt fünf Söhne.

Wir drücken den Hinterbliebenen unser aufrichtiges Beileid aus.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zu den Dresdener Ausweisungen. In der sächsischen Arbeiterzeitung lesen wir:

Der allerneueste Kurs scheint hier seine Opfer gefordert zu haben. Die Amtshauptmannschaft Pirna wies — offenbar auf höherem Befehl — zwei Reichsausländer aus Sachsen aus. Die Ausweisung betrifft unser Redaktionsmitglied J. Helyphand und den sozialdemokratischen Schriftsteller Wardewitz. Daß die Ausweisung auf die neueste, durch das Genfer Abkommen heraufbeschworene Hege zurückzuführen ist, dürfte daraus zu entnehmen sein, daß Helyphand circa zwei Jahre in unserer Redaktion arbeitete und Wardewitz auch schon über ein Jahr hier thätig ist, ohne daß in dieser Zeit beide gefährlich oder „lästig“ wurden. Warum also jetzt einmal? Selbstverständlich hat auch die Behörde damit nicht im mindesten die Ausgewiesenen unschädlich gemacht — sie können an jedem anderen Ort so gut ihrer Bestimmung schriftlichen Ausdruck geben, wie in Dresden oder in der Amtshauptmannschaft Pirna.

Genosse Dr. J. Helyphand (Parvus), der russische Flüchtling, muß also, ein Bielefelder, den Wanderstab ergreifen und sich eine neue Existenz zu schaffen suchen.

Wir haben mit Parvus, dem hochbegabten, kenntnisreichen und leidenschaftlichen Schriftsteller so manche Fehde ausgefochten. Eine unbändige Kampfnatur mit starkem Temperament, die sich oft genug zum Uebermaß hinreißend ließ und sich völlig in eine Streitsache verantrieb, hat Parvus doch durch seine kritische Thätigkeit erheblich genützt, der Erörterung wichtiger Probleme Stoff und Anregungen geliefert und im Interesse der großen Bewegung, der sein Leben und seine Kräfte gehören, unablässig gewirkt. War er extrem, so nur als Gegenpol für das andere Extrem, das vor lauter „praktischer Politik“ geneigt ist, die Prinzipien ins Austragsüberel zu schaffen.

Das rote Festschreiben — ein Zeichen republikanischer Gesinnung. Der Gesangverein Vorwärts in dem altenburgischen Städtchen Wühlich hielt in dem zu Sachsen gehörenden Dorfe Lauritz ein Sommervergnügen ab, das mit einer Kinderfestlichkeit verbunden war. Wie üblich, fungierten dabei einige Mitglieder als Festkomitee. Vermutlich um sich als solches kenntlich zu machen, trugen sie rote Schleifen im Knopfloch. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Komitee einen Strafbefehl erhalten, wonach jedes Mitglied des Komitees 10 Mk. Geldstrafe bezahlen oder 3 Tage Haft verbüßen soll, weil die roten Schleifen „zum Zeichen republikanischer Gesinnung“ getragen worden sein sollen. Einschließlich der Kosten soll das Komitee einhundert und elf Mark bezahlen.

Der Altenburgische Wähler schreibt über dieses interessante Vorkommnis:

Dem Eifer der hochwohlthätigen Polizei, der Staatsanwaltschaft, den Gerichtsbienern, Schreibern u. c., die geholfen haben an dem Zustandekommen und der Ausfertigung der Strafmandate, gebührt der heiße Dank des Vaterlandes. Was hätte dem Staatswohle Sachsens für unermesslicher Schaden entstehen können, wenn komiteemitglieder eines Sachsen-Altenburgers Vereins in Sachsen ungenügend mit roten Schleifen hätte herumlaufen dürfen! Sollten aber die in Frage kommenden Komiteemitglieder wirklich reinen Herzens sein und sich wirklich nur durch das Tragen der roten Abzeichen haben vor den anderen Mitgliedern kenntlich machen wollen, so mögen sie hingehen und richterliche Entscheidung beantragen. Der Richter wird ihnen Herz und Nieren prüfen und

schlechte wohl zu ihrer Freisprechung gelangen, weil die Mitarbeiter bei uns in Altenburg mit roten Schleifen herumspazieren dürfen, so viel sie wollen, ohne deshalb unser Herzogtum zu gefährden. Daß der sächsische Staat mehr auf seine Sicherheit bedacht sein muß, würden sie schließlich nicht gewußt haben.

g. Zwickau, 26. September. Die Generalversammlung des Scheidewiger Konsumvereins nahm einen ziemlich lebhaften Verlauf, da von einigen Mitgliedern gegen alles opponiert wurde, was vom Vorstand ausging. Da wurden die hohen Geschäftskosten, die Gehälter der höheren Angestellten und Lagerhalter getadelt, wie die niedrige Dividende bemängelt. Mit großer Majorität wurde aber der 30. Geschäftsbericht 1897/98 gutgeheißen, ebenso der Beschluß des Vorstandes, die Dividende auf 15 Prozent festzustellen, angenommen und dem Vorstand selbst Decharge erteilt. Einverstanden war die Versammlung auch mit der Aufhebung des Beschlusses vom vorigen Jahre, zur Vergrößerung des Hauptgeschäftes in Scheidewitz ein Grundstück zu erwerben und zu bebauen. Ein von 200 Mitgliedern der Filiale Marienthal gestellter Antrag auf Aufhebung des Vorstandesbeschlusses, wonach seit dem 1. Juli die Materialwaren des Vereins Sonntags geschlossen sind, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Zittau, 23. September. Die Zittauer Maschinenfabrik und Eisengießerei (früher Albert Kieser u. Cie.) hat für das Jahr 1898/97 einen Geschäftsbericht veröffentlicht, in dem ausgeführt wird: Obgleich die allgemeine Geschäftslage in den uns besonders interessierenden Zweigen der Textilindustrie schon seit längerer Zeit nicht durchaus günstig genannt werden kann, war unser Etablisement dennoch während des ganzen Jahres derartig mit lohnenden Bestellungen versehen, daß wir nicht nur stets voll beschäftigt, sondern vielfach noch genötigt waren, über die normale Arbeitszeit arbeiten zu lassen. Die von uns im vorigen Jahre begonnenen Erweiterungsbauten sowie unsere vorzüglichen Neueinrichtungen und Auffüllung von Spezial-Werkzeugmaschinen ermöglichten es uns, den wesentlich gesteigerten Anforderungen bezüglich der kürzeren Lieferungsfristen gerecht zu werden, ohne die Arbeiterzahl und die Arbeitskosten nennenswert erhöhen zu müssen. Infolge dieser Umstände haben wir auch im abgelaufenen Geschäftsjahre den größten Umsatz seit dem Bestehen unseres Etablisements erreicht und trotz der sehr gedrückten Maschinenpreise und etwas höheren Materialpreise und Löhne dabei doch einen entsprechenden Nutzen erzielt, der hauptsächlich aus dem Bau von Spezialmaschinen für Weberei, Färberei, Appretur und Druckerei resultiert, in welchen wir besonders für das Ausland fortwährend stark beschäftigt sind. Wir erachten daher die bestehenden Handelsverträge mit den Nachbarländern als vorteilhaft namentlich aus dem Grunde, weil die früheren fortwährenden Beurlaubungen in der Industrie aufgehört haben und das Geschäft konstanter geworden ist. Wir wünschen deshalb auch die Aufrechterhaltung der Handelsverträge unter möglicher Berücksichtigung unserer Industrie. Also nicht Schutzzölle sind das Mittel zur Hebung der Eisen- und Maschinenindustrie, um diese konkurrenzfähig zu machen, sondern Handelsverträge und die Steigerung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Laut Anschlag am schwarzen Brett der Königl. Bergakademie in Freiberg ist der von dem ehemaligen Bergakademiker Ed. Stubbick, zur Zeit in Zürich, eingelegte Rekurs gegen seine vom Akademischen Senat ausgesprochene Beweispflicht vom Königl. Finanzministerium zurückgewiesen worden. — Der bisherige Landrichter Just in Freiberg wurde als Professor des Bergrechts und der allgemeinen Rechtskunde an die Bergakademie in Freiberg berufen. — Bei der Grenzkontrollen in Adorf wurden Montag früh zwei stahlene, auf mindestens 900 Mk. geschätzte Ochsen eingekauft, die vorgestern abend im Posseder Walde von Ebnather Grenzjägern erbeutet worden sind. Die Pächter hatten eine größere Weidherde an verschiedenen Stellen der Grenze aus Böhmen herüber getrieben. Da sie aber die beiden Ochsen einbüßten, so büßte der Schmugglergewinn diesmal nicht erheblich aus. — Der Droguist Ed. Müller in Klingenthal hat in einer Broschüre im modernen Reklamestil die von ihm hergestellten Magnetostatischen Obstfäße als Heilmittel angepriesen, ohne ihre Zusammenstellung anzugeben. Müller führte, wie er vor Gericht angab, den Obstfäßen den Magnetismus in der Weise zu, daß er seine Hände auf die Fäße legte. Das Schöffengericht wie auch das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilten Müller wegen Anpreisung von Heilmitteln zu 50 Mk.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

m. Wurzen, 24. September. Heute abend fand im Saale von Stadt Wien die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins des 11. Kreises statt. Zur Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Die gegenwärtige Lage; 2. Berichterstattung des Vorsitzenden; 3. Berichterstattung des Kassierers; 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 5. Allgemeines. An Stelle des Gen. Schütze Leipzig, der verhindert war zu erscheinen, referierte Genosse Kloth aus Leipzig über den 1. Punkt. Für seine klaren und verständlichen Ausführungen sollte die Versammlung reichen Beifall. An den Vorfragen, in dem Genosse Kloth hauptsächlich auf die drohenden Gefahren hinwies, schloß sich keine Diskussion. Alsdann erstattete der Vorsitzende, Genosse Muder, seinen Bericht. Mit der letzten Wahlbewegung wurden 33 Versammlungen, eine Märzfeier, ein Konmerz und eine Laffestfeier abgehalten, zu denen der Besuch ein aufreißender war; 6 Versammlungen wurden außerordentlich gemacht und verboten. Ferner wurden 10 Vorstandssitzungen abgehalten. Im ganzen wurden gegen 750 Korrespondenzen abgeschickt und nahezu 250 gingen ein. Weiter wurden ein Kalender in größerer Auflage sowie 77000 Flugblätter, 45000 Stimmzettel und 20000 Handzettel verteilt. Nachdem hierzu noch Genosse Künzel gesprochen hatte, berichtete der Kassierer, Genosse Aug. Horn, über die Kassenverhältnisse. Die Einnahmen betragen 176,07 Mk. und die Ausgaben 187,80 Mk., bleibt demnach ein Defizit von 11,73 Mk. Die freiwilligen Beiträge floßen stets in die Kasse des Hauptwahlkomitees, das auch schon über die Kassenabrechnung berichtet hat. Genosse Pöngsch hat residiert und hat alles in Ordnung gefunden. Hierauf wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Nach längerer Debatte wurden in den Vorstand gewählt: Julius Künzel, 1. Vorsitzender; Robert Müller, 2. Vorsitzender; Adolf Raabe, 1. Schriftführer; Paul Sambale, 2. Schriftführer; August Horn, 1. Kassierer; Oswald Pöngsch, 2. Kassierer; Hugo Stelbel, Hermann Lehmann und Michael Becker, Beisitzer. Besondere Umstände halber erklärte Genosse Muder, diesmal kein Amt annehmen zu können. Einstimmig wurde von der Versammlung das Mitglied Edward Schütze vom Wahlverein ausgeschlossen. Mit einem Hinweis auf die kommende Agitation und mit dem Wunsche, daß der Wahlverein auch unter seiner neuen Leitung erfolgreich für unsere Sache wirken möge, schloß der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung.

g. Halle a. S., 26. September. Der 48jährige Polizeisergeant Bernhard Wind wurde in heutiger Sitzung der zweiten Strafkammer wegen vorfälliger Aßverurteilung, begangen im Amte, zu 30 Mark Geldstrafe eventuell 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Angeklagter hatte den Tapezierer Schores, der ihm von einem Wachtmeister zur Arrestur übergeben worden

war, mit einer Knebelkette über den Kopf geschlagen und den Schores außerdem noch geprügelt. Als Entschädigung für die That führte der Beamte an, daß Schores ihm entsprungen sei und er an dem Tage eine ununterbrochene 24 stündige Dienstzeit zu bestehen gehabt habe, wodurch er sehr abgepannt gewesen sei.

Ueber die Geschäftsgebarung der hiesigen Kornhausgenossenschaft hat der preussische Handelsminister auf eine Eingabe des sächsischen Provinzialvereins für Getreide- und Produktenhandel hin Erhebungen angeordnet. Der Verein behauptet in der Eingabe, daß die Genossenschaft, obgleich sie vom Staate mit 710000 Mk. als Darlehen unterstützt und überdies abgabefrei sei, sich keineswegs auf die Verwertung der Produkte ihrer Mitglieder beschränke, sondern auch daneben regelrechte Einkaufs- und Verkaufsgeschäfte mache, also den Handel schwer schädige.

z. Erfurt, 26. September. Die Schuhmacher Stoll, Witzburg und Lieb hatten die Kollegen der Heidenreichschen Schuhfabrik in ein Restaurant zu einer Verrechnung eingeladen, um über Abhilfe von Mißständen in besagter Fabrik zu beraten. Die drei Schuhmacher gaben den Heidenreichschen Arbeitern den Rat, dem Verein deutscher Schuhmacher sich anzuschließen, denn dadurch ließe sich am besten ein wirksamer Widerstand gegen die Arbeitgebervereine erreichen. Die Behörde, der die Zusammenkunft durch Denunziation zu Ohren gekommen, fand hierin die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung und das Schöffengericht erkannte gegen die drei „Einberufer“ auf je 15 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer bestätigte heute das Urteil. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die Zusammenkunft eine verbotene Agitation für die Schuhmachervereinigung gewesen sei.

Regierungspräsident v. Brauchitsch, der seit 1884 an der Spitze des Regierungsbereichs Erfurt steht, tritt demnächst zurück. Der Rücktritt wird mit der Erfurter Krawallangelegenheit in Verbindung gebracht.

Erfurt, 26. September. Ein ländliches Idyll fand vor den Schranken des hiesigen Schöffengerichts eine eigentümliche Würdigung. Die hiesige Zeitschrift berichtet:

Am 18. Juli d. J. kam der Knecht Wilhelm Voigt aus Kühnhäusen, der auf dem dortigen Gute beschäftigt ist, früh um 7½ Minuten vor fünf, nach Ansicht des Inspektors bereits eine Stunde zu spät auf Arbeit. Voigt entschuldigte sich bei dem Inspektor Veler, er sei spät von der Krume in Nach nach Hause gekommen und habe die Zeit verschlafen. Der Inspektor drängte ihn nach dem im Hofe stehenden Brunnen, drückte in hinterwärts über den Brunnenbogen unter die Pumpe, pumpte ihm, um ihn zu „ermuntern“, Wasser in das Gesicht und oberseigte ihn. Der Gelehrte hat, wie das ärztliche Attest besagt, verschiedene Verletzungen davongetragen, verlagte deshalb den Inspektor und gestern hatte sich das hiesige Schöffengericht mit dieser Angelegenheit zu befassen. Der Anwalt beantragte eine Geldstrafe von 20 Mark. Der Nebenkläger, durch Herrn Rechtsanwalt Anderick vertreten, betonte die ganz besondere Rohheit in der Handlungsweise, diese sei in der That die Ursache, die die ländlichen Arbeiter immer mehr nach der Stadt dränge, er beantrage, dem Angeklagten eine an den Verletzten zu zahlende Buße von 7,50 aufzuerlegen. Der Gerichtshof lehnte den Antrag des Nebenklägers auf Zahlung einer Buße ab und verurteilte den Inspektor auf fünf Mark Geldstrafe, der Inspektor habe geäußert, seiner Autorität etwas zu vergeben, wenn er nicht so gehandelt hätte, wie geschehen. Das sei als Mißbräutigungsanzurechnen. Da darf man sich nicht wundern, wenn auch andere Arbeitgeber ein ländliches verdrängen, sich für fünf Mark auf solche Weise die nötige „Autorität“ zu verschaffen.

Soziale Rundschau.

In der Feilenfabrik von Wehlhose in Volkshappel bei Dresden sind Differenzen ausgebrochen. Am Sonnabend wurden plötzlich drei Kollegen entlassen, darunter zwei verheiratete. Seit dem 9. er Streit sind nach und nach alle älteren Kollegen entlassen und dafür neue, meistens jüngere Leute eingestellt worden. Die Arbeiter nehmen deshalb an, daß Herr Wehlhose die Ertragsverhältnisse des vorjährigen Streiks illusorisch machen will. Die Feilenhauer werden erjucht, diese Fabrik zu meiden.

Schutz der Arbeitswilligen. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verurteilte das Mannheimer Schöffengericht zwei Vierteljahrer zu je drei Tagen, einen Spengler zu vier Wochen Gefängnis.

Mannheim, 26. September. Eine große Volksversammlung nahm gestern eine Resolution an, die den Brauerboycott für aufgehoben erklärt.

Zu Landshut siegten bei der Gewerbegerichtswahl die Kandidaten der organisierten Arbeiterschaft.

Gerichtssaal.

Gewerbegericht.

Kopitz, 26. September. Augenzeugende Leistungen sind bei Stundenlohn kein Grund zur Kürzung des Lohnes. Der Maurer L. hatte bei dem Unternehmer Le. gearbeitet. Ueber die Höhe des Lohnes war nichts vereinbart und forderte L. nach dem Lohnsatz der Maurer 82 Pf. pro Stunde. Von diesem Betrage kürzte ihn Le. 1,33 Mk., auf deren Zahlung L. klagte. Le. machte geltend, daß die Leistungen L.'s ungenügende gewesen seien und er einige Zeit auf dem Bau herum gemummelt habe. L. führte dies auf Fehlen des Materials zurück. Das Gericht verurteilte Le. zur Zahlung der geforderten Summe. Es sei Sache des Beklagten gewesen, so führte der Vorsitzende aus, sich vorher über die Leistungsfähigkeit L.'s zu informieren. Da er dies unterlassen, so könne er später nicht wegen mangelhafter Leistung den Lohn kürzen.

Lösung des Lehrverhältnisses. Der Glaserlehrling K. klagte gegen die Firma Dr. St. auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses. K. hat Ostern d. J. die Lehre begonnen, erwies sich aber zu den Arbeiten als nicht geeignet. Als Vater kam deshalb mit dem Firmeninhaber überein, daß K. sich eine andere Arbeit suchen, bis dahin aber beschäftigt werden sollte. Am 13. September fand K. bei einem Zahntechniker eine Stelle als Laufbursche. Nach einigen Stunden der Beschäftigung gab er aber die Arbeit auf, weil ihm eine Arbeit im Zimmer nicht zusagte. Der Vater verlangte nun von der Firma, daß sie seinen Sohn weiter beschäftige, bis er eine andere Arbeit gefunden habe, was von der Firma abgelehnt wurde. Nun klagte K. auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses. Das Gericht wies ihn mit seiner Klage ab, weil das Lehrverhältnis im beiderseitigen Einverständnis gelöst worden sei.

Unerschütterliches Verlangen. Die Inhaberin der Firma Paul S. klagte gegen den Tischler Sch. auf Wiederannahme der Arbeit. Bei der Firma gibt es keine Kündigung, doch muß nach der Bestimmung der Arbeitsordnung ein angestellter Accord vollendet werden. Nach der Behauptung der Klägerin hat Sch. einen angestellteren Accord liegen lassen und soll ihn vollenden. Sch. wies nach, daß er wegen Krankheit arbeitsunfähig geworden ist und deshalb die Arbeit nicht fortsetzen konnte. Acht Tage darauf sei er nach der Fabrik gekommen und habe von S. einen Vorstoß auf die Arbeit haben wollen, was S. ablehnte. Als Sch. kurz darauf

die Fabrik wieder betrat, um seine alte Hose zu holen, wurde er vom Gatten der H. aus der Fabrik gewiesen. Das Gerücht wies die H. mit ihrer Klage ab. Es sei Sch. durch die Krankheit unmöglich geworden, die Reparatur zu vollenden und deshalb stelle sich das Verlangen der H. als ein solches dar, das Sch. unmöglich erfüllen konnte.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. September.

Die Bismarck-Akten. Die Meldung des Herrn v. Wechs-Schildbach im Bogländischen Anzeiger, daß der Leipziger Universitäts-Bismarck-Akten-Sammlung angeboten worden sei, wird widerrufen. Gestern Abend, als die Quelle der Nachricht bereits feststand, schrieb das in Ekstase geratene Leipziger Tageblatt:

Nicht einmal eine Andeutung irgend welcher Art, unserer Universität den literarischen Nachlaß des Fürsten übergeben zu wollen, ist von irgend einem Mitgliede der Familie des Reichskanzlers dem berufenen Vertreter der Universität gemacht worden. Es kann mithin auch keine Ablehnung erfolgt sein. Schon hieraus ergibt sich, was von dem Leipziger Telegramm der Neuen Freien Presse zu halten ist. Wenn ihr Verfasser der sächsischen Regierung die Ablehnung zuschreibt, für die er in der königlichen Zeitung unsere Universität verantwortlich macht, so hat er jedenfalls noch einen besonderen politischen Zweck im Auge, dessen Erreichung ihm hoffentlich recht bald durch eine amtliche Erklärung aus Dresden vereitelt wird. Aus dem Hinweife auf den „völlig chaotischen“ Zustand des Materials und aus der indirekten Verdächtigung der Familie des Fürsten, eventuell den historischen Schatz an das Ausland verschachern zu wollen, geht übrigens der geschäftliche und moralische Charakter des Telegramm-Verfertigers so klar hervor, daß die Neue Presse sich nicht scheuen sollte, den Vererber des Streiches öffentlich an den Pranger zu stellen.

Recht kleinlaut giebt nun heute das Tageblatt die Quelle der Nachricht an und bemerkt dazu: Wir halten an unserer Behauptung fest, daß ein derartiger Antrag weder der Universität Leipzig gemacht, noch von ihr, oder gar der sächsischen Regierung abgelehnt worden ist. Die Falschmeldung mag vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß es bei Lebzeiten des Fürsten einmal vorübergehend zu der Erwägung gekommen ist, die literarischen Schätze des Reichskanzlers mit der Leipziger Universität in Verbindung zu bringen. Sie Sache schließt aber lange vor dem Tode des Fürsten wieder ein, ohne daß die Universität als solche oder gar die Regierung Anlaß zu einer Stellungnahme gehabt hätte.

Der gute Ton in der Königlich Leipziger Zeitung. Auf eine Notiz über Untersuchungen, die Charles Janet zu wissenschaftlichen Zwecken an enthaupelten Ameisen angestellt hatte, wird der Leipziger Zeitung aus Schwarzenberg das folgende geschrieben:

In Bezug auf Ihren Aufsatz „Enthaupete Ameisen“ gestatte ich mir vorzuschlagen, daß auch an Charles Janet und anderen derartigen menschlichen Bestien, die dergleichen nutzlose Gemeinheitsbegeben, probiert würde, wie lange so ein *salva venia* (mit Verlaub zu sagen) Schweinehund noch mit seinem Kadaver zu wackeln im Stande ist, wenn ihm sein verdammter verflörter Schädel abgeschlagen wird.

Das Enthaupen von Menschen ist dem Schwarzenberger jedenfalls sympathischer als das Enthaupen von Ameisen. Nicht weniger charakteristisch ist aber auch, daß die Leipziger Zeitung, die ewig über den „schlechten Ton“ wehmeiert, den „seinen“ Entrüstungsäußerungen irgend eines „edlen“ Agrariers ohne Kommentar zum Abdruck bringt.

Ein Handbuch für Aerzte, das im Auftrage einer Kommission zur Regelung des Arzneiverordnungswesens von dem ersten Vorsitzenden dieser Kommission Dr. Ludwig Dresdner in München und dem Universitätsprofessor Dr. G. Nieder verfaßt worden ist, wird nun an die Aerzte ausgegeben. Es handelt sich, so schreibt die Frankfurter Zeitung, um eine Verbilligung der Arzneimittel durch rationelle Arzneiverordnung. Zunächst ist das Buch für den Gebrauch im Krankenkassenbetriebe bestimmt. Es soll damit der Weg angeben werden, die Auswendungen der Krankenkassen von allem Überflüssigen zu befreien, ohne daß den Kranken irgend wie etwas entzogen wird, dessen sie bedürfen. Das Buch betont in seiner Einleitung, daß es nicht auf die krankenkassenärztliche Thätigkeit allein beschränkt, sondern auch auf die Privatpraxis angewendet werden soll. Es strebt mit einem Worte eine Reform des Arzneiverordnungswesens im Sinne zweckmäßiger Verbilligung an und in diesem Punkte thut eine Reform wohl not. Mit der Befolgung der Tendenzen des Buches werden große Schwierigkeiten im Krankenkassenwesen gehoben und gemildert werden und eine Quelle von Differenzen zwischen Kasse und Kassenärzten verstopft werden. Das Handbuch stellt als Grundfalsch auf, daß eine Arznei nur dann verordnet werden soll, wenn sie wirklich notwendig ist, und daß sie so billig verschrieben werden soll, als es das Wohl des Kranken gestattet. In diesem Sinne ist von den Medicamenten der Handverkaufstage der ausgiebigste Gebrauch zu machen. Von gleichwertigen Mitteln ist das billigste zu nehmen, selbst wenn es in Bezug auf Geruch und Geschmack den übrigen einigermaßen nachsteht. Keine, keine, in ihrer Wirkung nur ungenügend erprobte Arzneimittel, besonders die teureren sogenannten Patentmedizinen sind im allgemeinen auszuschließen und nur in besonderen Fällen anzuwenden. Das Vielverschreiben soll auf ein rationelles Maß zurückgeführt und quantitativ nicht mehr verschrieben werden, als der Patient voransichtlich gebrauchen wird. An etwa 1000 Rezepten ist nachgewiesen und angegeben, wie man eine teurere Medizin durch eine gleichwertige billige ersetzen kann. Ausführlich spezifiziert ist dargethan, wie das Rezipieren umgangen und der billige Handverkauf dafür gesorgt werden kann, wie man den letzteren am rationellsten benützt und wie Apothekenebenpreise vermieden werden können. Daß das Buch zugleich dem Arzte ein Ratgeber am Krankenbette ist, daß es die Wasser- und andere Anwendungen spezifiziert etc., sei nur nebenbei erwähnt.

Am neuen Handwerker-Organisationsgesetz finden die Handwerker selbst wenig Ortschaft. Das ergibt sich daraus, daß die Nordd. Allgem. Ztg. sich genügt sieht, die Handwerker darauf hinzuweisen, daß die Behörden streng darauf sehen, daß die den Vorschritten über die Innungsverbände entsprechenden Aenderungen der Verbandsstatuten nimmere bald vorgenommen werden. Einzelne Innungsverbände seien neuerdings aufgefordert worden, zu diesen Zwecke außerordentliche Verbandsversammlungen einzuberufen. Wenngleich solche Versammlungen mit beträchtlichen Kosten verknüpft seien, würden sich ihnen die Innungsverbände, die ihre Satzungen noch immer nicht den neuen Bestimmungen angepaßt haben, nicht entziehen können.

Wohnungswechsel der Versicherten. Bei dem bevorstehenden Umzug dürfte es sich empfehlen, die Umziehenden darauf aufmerk-

sam zu machen, daß sie ihre Wohnungsänderung rechtzeitig zur Anzeige bringen, überall da, wo ihnen die Verpflichtung hierzu auferlegt ist. Hierin gehören vor allen Dingen die Feuerversicherungs-Gesellschaften. In deren Bedingungen ist ausdrücklich bestimmt, daß bei einem Wechsel der Versicherungslokalitäten Anzeige zu erstatten ist, und daß bis zur schriftlichen Genehmigung der Gesellschaft deren Entschädigungsverpflichtung ruht. Da nun zum großen Teil derjenigen Personen, die zum 1. Oktober ihren Wohnungswechsel vornahmen, bereits heute die neue Wohnung bekannt ist, so erscheint es dringend empfehlenswert, der Feuerversicherungs-Gesellschaft schon jetzt die neue Wohnungsadresse mitzuteilen.

Die Liebertswölzinger haben ihren Einspruch gegen den vom Patriotenbund für das Völkerschlagendental gewählten Platz fallen gelassen, nachdem sie in Erfahrung gebracht haben, daß die Wahl des Platzes schon längst behördlich genehmigt worden ist. Am 1. Oktober soll der „erste Spatenstich“ vor sich gehen.

Rechtungseichheit der — Ueberzieher. An die rechtliche Stellung des Winterüberziehers und des Sommerüberziehers wird, so schreibt man der Frankf. Ztg., von jezt in der Judikatur ein verschiedenes Maß angelegt. Wegen des Winterüberziehers war die Rechtsprechung in zahlreichen Fällen darüber einig geworden, daß er in unserem Klima als ein der Pfändung entzogenes nientbehrliches Kleidungsstück anzusehen sei. Nicht dasselbe Maß der Verschätzung wird dem Sommerüberzieher zu teil, wie ein Beschluß der 9. Civilkammer des Verlsruher Landgerichts I beweist. Ein Schuldner hatte nämlich die Freigabe des bei ihm gepfändeten Sommerüberziehers beantragt, wurde damit aber sowohl vom Amtsgericht wie vom Landgericht abgewiesen. Dieses führte aus: Der Vorderichter nimmt mit Recht an, daß ein Sommerüberzieher an sich als ein unentbehrliches Kleidungsstück nicht anzusehen ist. Es ist deshalb auch unerheblich, ob der Schuldner sich an dieses Kleidungsstück gewöhnt hat, und es kommt bei der Prüfung der Unentbehrlichkeit eines Kleidungsstückes auch nicht darauf an, welchem Stande der Schuldner angehört, oder welchen Beruf oder welches Gewerbe er ausübt. Die Pfändung des Ueberziehers ist daher mit Recht erfolgt.

Wen darf der Briefträger als „Erwachsenen“ betrachten? Ueber diese Frage, die alljährlich bei der Bestellung von Postkasten berührt wird, hat das Reichspostamt in einer Entscheidung sich folgendermaßen geäußert: Eine allgemeine Bestimmung darüber, von welchem Jahre ab ein Familienglied als erwachsen im Sinne der Postordnung anzusehen ist, ihm also gewisse Postsendungen für ein anderes Familienmitglied ausgehändigt werden können, läßt sich nicht treffen. Es bleibt dem bestellenden Boten vielmehr überlassen, sich nach dem Gesamteindruck, welchen er von der jugendlichen Person gewinnt, zu richten.

Der Militärdienst der Volksschullehrer. Vom Jahre 1900 ab müssen sämtliche Volksschullehrer ein Jahr dienen. Sie können als Einjährig-Freiwillige dienen, insofern das Abgangsgewissen vom Seminar die wissenschaftliche Befähigung bescheinigt. Können und wollen sie außerdem die sämtlichen Bedingungen erfüllen, sich selbst kleiden, unterbringen und ernähren, so werden sie als Einjährig-Freiwillige mit Schnüren und mit Erleichterungen, wie Garnisonwahl u. s. w., eingestellt, anderenfalls dienen sie wie jeder andere Mann, aber nur ein Jahr, wobei sie möglichst zithämmen und abgetrennt von den übrigen untergebracht und ausgebildet werden mit dem Ziele der Verwendung als Reserve-Unteroffiziere.

Belegung des Postamts 7. Zum 1. Oktober 8 Uhr morgens wird das Postamt 7 in Leipzig aus den bisherigen Diensträumen am Rastbader Steinweg nach dem Grundstück Frankfurter Straße 8 (Ecke der Funkenburgstraße) verlegt.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs. Zwischen Leipzig und Weringswalde wird am 1. Oktober der Fernsprechverkehr eröffnet. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt 25 Pf.

Wegen Schlenkbauarbeiten wird die Tiefe Straße in Meudnitz auf der Strecke von der Zweinaundorfer Straße bis zur Poststraße vom 27. September ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahrverkehr gesperrt.

Im Asyl für männliche Obdachlose sprachen in der Zeit vom 17. bis 24. September 130 Personen vor, von denen 121 aufgenommen und 9 zurückgewiesen wurden.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder, mitgeteilt durch das Patentbureau von Ed. Breslau, Ingenieur und Patentanwalt, Leipzig, Goethestr. 7. Gegen diese Anmeldungen kann bis 22. November 1898 Einspruch erhoben werden. Kl. 83. Sattlerei: Willy Seck, Dresden-A., Reichstraße 30, Antriebsvorrichtung für Motorfahrzeuge.

Eine Schickssache rief gestern Abend in der 7. Stunde große Aufregung in Reustadt hervor. Schnell verbreitete sich das Gerücht, im Grundstück Ludwigstraße 6 habe ein Mann seine Ehefrau erschossen. Die eingezogenen Erkundigungen ergaben: In dem genannten Grundstück wohnt die von ihrem Manne getrennt lebende 40jährige Näherin Thekla Hedwig Reinhardt, geschiedene Meyer. Der 20jährige Handlungsreisende Paul Kaska, der bei ihr ein Gargonlogis inne hat, hielt sich gegen 6 Uhr mit seiner Logiswirtin in der Küche auf. Nach seiner Angabe hat nun Kaska im Scherz mit einem Taschentuch, das er ungeladen glaubte, auf Frau Reinhardt gezielt und losgedrückt, worauf letztere mit einem Schrei zusammengebrochen ist. Ein Geschöß war der Frau in die linke Körperseite gedrungen. Die Schwerverletzte wurde auf Anordnung eines Arztes mittels Droschke in das Krankenhaus gebracht, wo man sofort eine Operation vornehmen mußte. Kaska wurde vorläufig in Haft genommen.

Der am Sonnabend beim Wettrennen verunglückte Herrenreiter Dord hat das Bewußtsein nun wieder erlangt. Sein Zustand wird als „leichtlich“ bezeichnet, doch ist die Lebensgefahr noch nicht völlig überwunden.

Als geheilt konnte gestern das Kind Clara Schumann aus dem Krankenhaus entlassen werden. Das Kind wurde bekanntlich von seinem eigenen Vater mittels eines Revolvers in den Leib geschossen. Sein Zustand war anfangs ein sehr bedenklicher. Die ebenfalls bei dem Vorgang verletzten Geschwister sind schon seit einiger Zeit geheilt.

Durch Erhängen entliehe sich in seiner Wohnung in der Neufürer Halleischen Straße in Wohlis ein 52 Jahre alter Handarbeiter aus Glauchau. Der Grund der That ist noch unbekannt.

Mattenfallen, Mausefallen! Wie oft schon hat man die in allerlei Lumpenwerk gehüllten kleinen schwarzhäutigen, braunen Gesellen, die in einem schrecklichen Rauberwelsch allerlei Blechzeug feilbieten, mit diesen Worten höflich hören. Welch elendes Leben aber solch ein slowakischer Mausefallenhändler führt, davon haben wohl nur die wenigsten eine Ahnung. Vor einigen Tagen hatte ich in einem kleinen Restaurant Gelegenheit, eine Unterhaltung mit so einem kleinen Slowaken mit anzuhören, die mir einen trüben Einblick in das Leben eines solch bedauernswerten Menschen gewährte. Was ich gesehen und gehört, will ich hier erzählen.

Kommt da so ein kleiner Kerl und bietet mit bittender Miene sein Blechzeug zum Kaufe an. Das lässliche Aussehen des kleinen Burschen veranlaßt einen Gast, diesem für 10 Pfennige von seinem Trübel abzukaufen. Den Erlös setzt der kleine Slowake sofort zur Hälfte in Schnaps um. Jener Gast, der den kleinen Kerl erst in die Möglichkeit verfehlte hatte, sich den „geistigen“ Genuß eines Schnapses zu gestatten, knüpfte hierauf mit ihm ein Gespräch an. Er fragte ihn nach seinen Lebensverhältnissen, nach seinem Verdienst u. s. w. Der schwarzhäutige Bursche nannte seinen Namen und den seines Meisters, die beide einen fremden Klang hatten. Sein Lohn, berichtete er, betrage wöchentlich 3 Mark, außerdem erhalte er freies Essen. Aber was für Essen! Früh giebt es schwarzen Kaffee und dazu ein Stück trockenes Brot; abends wartet seiner eine Kartoffelsuppe. Für Mittagessen aber muß er selbst sorgen, ohne irgendwelche Vergütung zu erhalten. Der Schnaps, sagte der arme Kerl, den er jetzt trinke, sei das erste, was er an diesem Tage zu sich nehme, und es war schon spät am Nachmittag. Das Gesicht des Kleinen erglänzte in heller Freude, als ihm die anwesenden Gäste etwas zu essen gaben. Das ungewohnte Glück machte ihn auch gesprächiger. Er erzählte, daß er sich des Nachts in der Werkstatt des „Slowakenmeisters“, ohne sich auszuziehen, auf einem Strohsacke ausbreite und mit einer leichten Decke zubedecke und daß er, wenn er einmal nichts oder nicht genug verkauft habe, von seinem unbarmherzigen Meister nicht nur Scheltworte, sondern auch Schläge zu gewärtigen habe.

Das Aussehen des kleinen Slowaken und die Art, wie er auf alle Fragen Antwort und Rede stand, war der beste Beweis, daß er kein Wort zu viel gesagt hatte.

Als sich der Kerl mit seinem Blechram davongetrottelt hatte, erzählte einer der Gäste, daß er kürzlich mit eigenen Augen gesehen habe, wie so ein kleiner Kerl am hellen Tage vor Hunger umgefallen sei. Kann das aber bei so einem elenden Dasein wunder nehmen?

Wie mancher Proletarier hat schwer an dem Dasein in dieser kapitalistischen Gesellschaft zu tragen, aber mit dem Leben eines kleinen slowakischen Mausefallenhändlers, wie wir es hier geschildert, würde er doch wohl nicht tauschen!

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 28. September 1898 abends 6 1/2 Uhr im Sitzungssaale am Raschmarkt statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.:

Die Vorlage, betr. ein Abkommen mit dem Thomaskirchenvorstande wegen Freimachung der Superintendentur und der Küsterei zu St. Thomas etc., Errichtung einer Wohnung, Festsetzung der Strafenfluchtlinien des verl. Barfußgäßchens etc.; Einlage des Herrn Franz Schreiber hier wegen Verletzung der Reitwege in den Straßen der Stadt und auf einem Teile der Fahrstraße im Rosenthal.

Von Nah und Fern.

Zwei Morde.

Berlin, 26. September. Eine Frau Feitmann wurde in der Fährbringer Straße heute vormittag mit drei schweren Schädelverletzungen im Keller aufgefunden. Es liegt Nordberuf vor. Die mutmaßliche Thäterin, die verheiratete Bertha Dormann, ist verhaftet worden.

Heute nachmittag wurde in ihrer Wohnung am Weidenweg die unverehelichte Marie Becker mit durchschnittenen Pulsadern tot aufgefunden. Vermutlich liegt Nord vor. Ein der That verdächtiger Mann, der der Becker nahe gestanden, wurde in Haft genommen.

Aus Thielens Reiche.

Essen a. d. Ruhr, 26. September. Ein heute Abend von Essen abgegangener Personenzug ist bei der Station Oldendorf entgleist. Der Postwagen ist beschädigt, einige Personen wurden leicht verletzt.

Der erste Schnee

in diesem Herbst ist in der Nacht auf Sonnabend im Riesengebirge gefallen. Am Sonnabend prangte der Stamm während des ganzen Tages vom Gipfel der Koppe bis hinab auf 1000 Meter Höhe in dem glänzenden Schmucke des Reuschnees.

Eine mächtige Petroleumquelle sprudelt seit einigen Tagen in Rumänien auf den petroleumhaltigen Ländereien der Steana-Gesellschaft. Die Quelle schleudert gewaltige Mengen von Petroleum und Massen von Sand und Steinen.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Berlin, 27. Sept. In der heute unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Koch stattgefundenen Sitzung des Centralausschusses der Reichsbank wurde die Lage der Bank besprochen und dabei hervorgehoben, daß trotz der großen Ansprüche an die Bank aus Anlaß des Quartalswechsels eine Disconterhöhung nicht beantragt zu werden braucht, um so mehr, als der Goldstand der Bank intakt geblieben sei.

Paris, 27. September. Die meisten republikanischen Blätter begrüßen den Beschluß des gestrigen Ministerrates als eine wahrhaft befreiende That. Sidelé erklärt, die Entscheidung ehre die Regierung und werde gerade von der Armee mit größter Freude aufgenommen werden. Aurore sagt, eine Regierung der Wahrheit beginne; Frankreich habe wieder den Weg hoherherziger Gerechtigkeit betreten. Jaurès schreibt in der Petite République, die Schlacht werde erst dann gewonnen sein, wenn die gesamten Akten der Affaire Dreyfus und die Akten der Mißthaten des Generalstabs vor Frankreich ausgebreitet würden.

Die Generalstabsorgane greifen den Ministerpräsidenten Brisson maßlos heftig an und nennen die Revision verbrecherisch, ungesetzlich und widerständig. Dem Figaro zufolge hat Brisson, als der Justizminister Bedenken äußerte, sich bereit erklärt, selbst das Justizportfeuille zu übernehmen und Garrien das Portfeuille des Inneren zu überlassen. Im betref der Demissionsabsicht des Ackerbauministers Viger teilt der Matin mit, dieser zögere, allein zurückzutreten. Dem Journal zufolge wird der Kassationshof seine Entscheidung vor dem Zusammentritt der Kammer fällen.

Paris, 27. September. Die Fronde verzeichnet unter Vorbehalt das Gerücht, Jurinden werde seines Postens enthoben und Picquart werde heute freigelassen werden.

Für den Zusatzen teil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Veranstaltungskalender.

Dienstag: fünf Volks-Veranstaltungen. Pantheon, Albertgarten, Götische...

Briefkasten der Redaktion.

L. S. War wegen Raummangels zurückgeblieben. P. G., Cand. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb...

Ankunft in Rechtsfragen.

M. R., Großsch. Wenn der Wirt den von Ihnen empfohlenen Mann nicht annehmen will, so können Sie ja die Wohnung an ihn auf eigene Faust vermieten...

Ankunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.

„Stadt Hannover“, Seeburgstr. Jeden Abend von 7 1/2 - 9 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Theaterveranstaltungen.

Neues Theater.

Dienstag den 27. Septbr.: 262. Abon.-Vorstellung (2. Serie, rot). A Basso Porto (Am unteren Hafen). Lyrisches Drama in 3 Akten nach neapolitanischen Volkslegenden...

Elektra.

Allegorisches Ballet in 1 Akt von Jean Colineau. Musik von Gustav Meyer. Nach der Oper findet eine längere Pause statt.

Altes Theater.

Dienstag den 27. September: Zum Weißen Röhl. Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Aläden, seine Tochter. Dr. Otto Gledler, Rechtsanwalt. Arthur Silbhelmer. Loibl, Bettler. Refi, seine Nichte. Professor Bernbach. Emmy, seine Frau. Käthe Schmidt. Melanie Schmidt. Forstrat Kracher. Ein Hochtourist. Ein Reisender. Nathl. Briesbohm. Franz, Kellner. Ein Alceolo. Miral, Stubenmädchen. Mail, Köchin. Martin, Hausknecht. Joseph, Hausknecht. Der Portier zum „Röhl“. Der Portier zum „Post“. Der Portier zum „Grünen Baum“. Der Portier zum „Rudolphshöhe“. Ein Wirtswirt. Gebirgsführer. Eine Aunne. Eine Bäuerin. Ein Bauerntochter. Gafte, Reisende. Dorfkind. Gebirgsführer. Ort der Handlung: Das Salzammergut. Nach dem 1. Akt findet eine längere Pause statt.

Küchenzettel der Rüdlichen Speiseanstalten.

Mittwoch: Speiseanstalt I (Johannplatz): Rubein mit Kalbfleisch. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Gelbe Erbsen mit Schweinefleisch.

Advertisement for 'Ehrendiplom zur goldenen Fortschrittsmedaille' from the 'Bayerische Bierbrauerei V. Lapp, Leipzig-Lindenau'. Includes details about a competition in Hamburg, 1898.

Advertisement for 'echter sächsischer Malzkaffee' from the 'Konsumverein Ostvorstadt'. Promotes health benefits and quality.

Advertisement for 'Gustav Kaniss' watch and jewelry store. Lists various watch models and prices.

Advertisement for 'Reparaturen' (repairs) for watches and clocks. Mentions 'C. Hammer, Uhrmacher'.

Advertisement for 'Reeller Ausverkauf!!' (real sale) by 'M. Burghardt'. Announces a sale of various goods.

Advertisement for 'Brikets' (bricks) and 'Glückauf' brand. Includes contact information for Heinrich Schwarz.

Advertisement for 'Voltheringe' (gold rings) by Julius Bräunig. Offers various styles and prices.

Advertisement for '25 Sofas' by S. Oswald. Promotes high quality and low prices.

Advertisement for 'Nähmaschinen' (sewing machines) and 'Bringmaschinen' (cycling machines) by W. Frenzel.

Advertisement for '5. Alle Herren 5.' (5. All Men 5). Promotes a social gathering or event.

Advertisement for 'Monatsgarderobe' (monthly wardrobe) by Georg Schade.

Advertisement for 'Bettstellen' (beds) by Lendel. Offers various bed models.

Advertisement for 'Möbel' (furniture) by Hermann Dietrich. Lists various furniture items.

Advertisement for 'Billig! Billig! 25 Sofas' (Cheap! Cheap! 25 Sofas) by S. Oswald. Repeats the offer for high quality sofas.

Advertisement for 'Kauf' (purchase) of various goods. Lists items like paper, fabric, etc.

Advertisement for 'Wohnungsanzeigen' (housing advertisements). Lists available rental properties.

Advertisement for 'Käufe und Verkäufe' (purchases and sales). Lists various items for sale.

Advertisement for '1 tüchtiger Stuarbeiter' (1 capable stonemason). Seeks a worker for a specific job.

Advertisement for '1 Pferdewärter u. 1 Arbeitsmann' (1 horse caretaker and 1 workman). Seeks workers.

Advertisement for 'PATENTE' (patents). Offers patent services and legal advice.

Advertisement for 'Allgemeines Patent-Bureau' (General Patent Bureau). Provides patent information.

Advertisement for 'Tanzunterricht' (dance lessons). Offers classes for various dances.

Advertisement for 'Möbelführen' (furniture moving). Offers services for moving furniture.

Advertisement for 'Familienanzeigen' (family advertisements). Lists family-related notices.

Advertisement for 'Wohnungsanzeigen' (housing advertisements). Lists rental opportunities.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Schweiz.

Genf, 27. September. Nachdem die Untersuchung gegen Zucheri und dessen Mitschuldige (?) bis auf wenige nebensächliche Gegenstände abgeschlossen ist, wird die Staatsanwaltschaft die Hauptverhandlungen an dem Appellhofe für Ende Oktober ansetzen.

China.

„Mutterchen“ gratuliert „Mama“. — Die englische „Einnischung“.

Der Zar, der auch alle Ursache dazu hat, beglückwünschte die Kaiserin-Tante telegraphisch zur Ueberrahme der Regierung. Ueber die Einzelheiten des Regierungswechsels wird aus Peking berichtet, daß er hauptsächlich auf die Drohung der mongolischen Fürstherren erfolgte. Sie drohten, ihre Stellungen niederzulegen, falls das Bündnis mit Japan zu Stande kommen sollte.

Die Kaiserin-Witwe, die als die Kaiserin-Mutter bezeichnet wird, ist „eine Ari Tante“, sie ist die Adoptivmutter des Kaisers. Sie war die Gemahlin des Kaisers Hienlung, der im Jahre 1861 starb, kurz nachdem er vor den damals verbundenen Franzosen und Engländern aus seiner Hauptstadt geflohen war. Seit jenen Tagen ist die alte Frau stets die einflussreichste und die meiste Zeit die herrschende Persönlichkeit im Reich der Mitte gewesen.

In einer Besprechung der von englischer Seite geplanten Flottdemonstration vor Taku sagt die Petersburger Nowoje Wremja, es sei durchaus notwendig, daß Rußland, Frankreich und Deutschland, die Schiffe in den chinesischen Gewässern hätten, darauf acht gäben, was in Taku nach der Ankunft des großen englischen Geschwaders passierte. Die Nowoje beschränken sich einstweilen darauf, auf den Vorschlag einiger englischer Blätter hinzuweisen, die in China entstandenen Mißbilligungen durch eine unmittelbare Verständigung zwischen Rußland und England beizulegen.

Rußland ist „erbittert“ über Englands Einnischung. In Port Arthur sollen Truppen bereit gehalten werden, um nach Peking zu marschieren und dort die Ordnung wieder herzustellen.

Von Wert sind besonders die Aussagen des früheren Veters des Kaisers, Kang-yu-Wei, der bei den Engländern sichere Zuflucht gefunden hat. Kang-yu-Wei kam am Sonnabend in Schanghai an Bord des englischen Dampfers Chung Kiang an. In Wuhsung wurde er auf Befehl des Admirals an Bord des englischen Kanonenboots Est genommen, um ihn vor der Rache Li-Hung-Tschangs zu schützen. Die chinesischen Behörden verlangten die Auslieferung, der Kapitän der Est verweigerte sie.

Wie die Times aus Schanghai melden, teilte Kang-yu-Wei, der nach Hongkong abgereist ist, in einer Unterredung mit, er habe Peking am Dienstag verlassen infolge einer geheimen Warnung durch den Kaiser, der in ihn gedrungen sei, sich zu bemühen, daß er die Unterstützung derjenigen erhalte, die an der Wohlfahrt des Landes ein Interesse hätten. Die Partei der Königin-Tante sei gebunden durch eine geheime Abmachung mit Rußland. Rußland habe die Absicht, die Mandchuherrschaft in China aufrecht zu erhalten. Wenn die Opfer des Staatsstreiches nicht geschützt würden, werde es in Zukunft für jeden Eingeborenen unmöglich sein, die englischen Interessen zu unterstützen.

Ferner wird der Times aus Peking geschrieben, Kang-yu-Wei sei geflüchtet und Tschang-Yin-Huan, der Rivale Li-Hung-Tschangs in Canton, sei verhaftet worden unter der Anschuldigung, Kang-yu-Wei beherbergen zu haben, und werde aller seiner Ämter entsetzt werden. Hierdurch wachse die Macht Li-Hung-Tschangs. Die Beamten begriffen die Rückkehr der Kaiserin-Tante zur Herrschaft, das Volk dagegen sei gleichgültig gegen dieselbe. Die Thore Peking sind wieder geschlossen worden. Die Krise wird russischen Einflüssen zugeschrieben. Li-Hung-Tschang und die russische Partei sind wieder eingeseht, die englische Partei ist geschlagen und der Kaiser gezwungen worden, dem Throne zu entsagen. Die Londoner Daily Mail meldet aus Peking, der Oberste der Palast-Eunuchen habe erklärt, der Kaiser sei ernstlich erkrankt, sein Ableben nicht unwahrscheinlich. Er wird wohl „gestorben“ werden.

Der Kaiser von China hatte die Krisis dadurch hervorgerufen, daß er ein Edikt erließ, durch das europäische Kleinigkeiten eingeführt und die Häpfe abgeschafft werden sollten.

Sieben englische Kriegsschiffe sind in Taku eingetroffen. Wenn England sich Vorteile verschafft, ist, wie der Frankf. Ztg. aus Tientsin gelabelt wird, Deutschland entschlossen, weitere Konzessionen in Schantung zu verlangen.

Sozialreform oder Revolution?

Von Rosa Luxemburg.

Zollpolitik und Militarismus.

Mit dem politischen Sieg der Bourgeoisie ist der Staat zum kapitalistischen Staat geworden. Freilich, die kapitalistische Ent-

Kleine Chronik.

Leipzig, 27. September.

Theaternachrichten. Am Mittwoch wird im Neuen Theater die Oper Der Barbier von Sevilla gegeben. Im Alten Theater wird als 2. vollständige Vorstellung zu halben Preisen Wallers Der eingebildete Kranke gegeben, dem Spafespiars Komödie der Irrungen folgt.

Am Donnerstag geht im Neuen Theater Rudolf von Gottschalls neues biblisches Drama Rahab zum überhaupst erstenmal in Scene. Rahab ist von einer Reihe großer Bühnen bereits zur Aufführung erworben; der Erstaufführung wird eine Reihe ansässiger Bühnenleiter und Schriftsteller beiwohnen. Im Alten Theater wird am Donnerstag die Operette Voccaccio wiederholt.

Kinder nach Maß! In dem von der Generaldirektion der königlich bayerischen Staatsbahnen herausgegebenen Eisenbahnkursbuch steht unter der Rubrik: Ammersee-Dampfschiffahrt folgende Bemerkung: „Zwischen Bahn- und Flußstation Grafraß verkehrt ein Omnibus à Person 25 Pfennige. Auf den Dampfschiffen sind Kinder unter 60 Centimeter Höhe frei, solche bis 180 Centimeter zahlen die halbe Lage. Für Hunde ist halbe Personentaxe zu zahlen“ etc. Es giebt sicherlich ein hübsches Bild, Arbeit machen und sich nicht damit begnügen, die Höhe zu messen. Ueberaus notwendig wäre auch die Feststellung der Breite und des Umfangs der Passagiere. Denn nach der Höhe ist auf dem Deck der Ammerschiffe Raum bis in die Wolken des Himmels, während die breiten und dicken Personen zur Verengung der Passage erheblich beitragen.

wicklung selbst verändert die Natur des Staates wesentlich, indem sie die Sphäre seiner Wirkung immer mehr erweitert, ihm immer neue Funktionen zuweist, namentlich in Bezug auf das ökonomische Leben, seine Einnischung und Kontrolle darüber immer notwendiger macht. Insofern bereitet sich allmählich die künftige Verschmelzung des Staates mit der Gesellschaft vor, der Rückfall sozusagen der Funktionen des Staates an die Gesellschaft. Nach dieser Richtung hin kann man auch von einer Entwicklung des kapitalistischen Staates zur Gesellschaft sprechen, und in diesem Sinne zweifelloß sagt Marx, der Arbeiterschutz sei die erste bewußte Einnischung „der Gesellschaft“ in ihren sozialen Lebensprozeß — ein Satz, auf den sich Vernstein beruft.

Aber auf der anderen Seite vollzieht sich im Wesen des Staates durch dieselbe kapitalistische Entwicklung ein anderer Wandel. Zunächst ist der heutige Staat — die Organisation der herrschenden Kapitalistenklasse. Wenn er im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung verschiedene Funktionen von allgemeinem Interesse übernimmt, so nur, weil und insofern diese Interessen und die gesellschaftliche Entwicklung mit den Interessen der herrschenden Klasse im allgemeinen zusammenfallen. Der Arbeiterschutz z. B. liegt ebenso sehr im unmittelbaren Interesse der Kapitalisten als Klasse, wie der Gesellschaft im ganzen. Aber diese Harmonie dauert nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt der kapitalistischen Entwicklung. Hat letztere einen bestimmten Höhepunkt erreicht, dann fangen an die Interessen der Bourgeoisie als Klasse und die der ökonomischen Evolution auch im kapitalistischen Sinne auseinanderzugehen. Wir glauben, daß diese Phase bereits herangebrochen ist, und dies äußert sich in den zwei wichtigsten Erscheinungen des heutigen sozialen Lebens: in der Zollpolitik und im Militarismus. Beides — Zollpolitik wie Militarismus — haben in der Geschichte des Kapitalismus ihre unentbehrliche und insofern fortschrittliche, revolutionäre Rolle gespielt. Ohne den Zollschutz wäre das Aufkommen der Großindustrie in den einzelnen Ländern nicht möglich gewesen. Heute liegen aber die Dinge anders. In allen wichtigsten Ländern und zwar gerade in denen, die am meisten Zollpolitik treiben, ist die kapitalistische Produktion so ziemlich zum gleichen Durchschnitte gelangt. Vom Standpunkte der kapitalistischen Entwicklung, d. h. vom Standpunkte der Weltwirtschaft, ist es heute ganz gleichgültig, ob Deutschland nach England Waren ausführt oder England nach Deutschland. Vom Standpunkte derselben Entwicklung hat also der Mohr seine Arbeit getan und könnte gehen, er müßte sogar gehen. Bei der heutigen gegenseitigen Abhängigkeit verschiedener Industriezweige müssen Schutzzölle auf irgend welche Waren die Produktion anderer Waren im Inlande verteuern, d. h. die Industrie wieder unterbinden. Nicht aber so vom Standpunkte der Interessen der Kapitalistenklasse. Die Industrie bedarf zu ihrer Entwicklung des Zollschutzes nicht, wohl aber die Unternehmer zum Schutze ihres Absatzes. Das heißt die Zölle dienen heute nicht mehr als Schutzmittel einer aufstrebenden kapitalistischen Entwicklung gegen eine fertige, sondern als Kampfmittel einer nationalen Kapitalistengruppe gegen eine andere. Die Zölle sind ferner nicht mehr nötig als Schutzmittel der Industrie, um einen inländischen Markt zu bilden und zu erobern, wohl aber als unentbehrliches Komplement zur Kartellierung der Industrie, d. h. zum Kampfe der kapitalistischen Produzenten mit der konsumierenden Gesellschaft. Endlich was am grellsten den spezifischen Charakter der heutigen Zollpolitik markiert, ist die Thatsache, daß jetzt überall die ausschlaggebende Rolle darin überhaupt nicht die Industrie, sondern die Landwirtschaft spielt, d. h. daß die Zollpolitik eigentlich zu einem Mittel geworden ist, feudale Interessen in kapitalistische Form zu gießen und zum Ausdruck zu bringen.

Der gleiche Wandel ist mit dem Militarismus vorgegangen. Wenn wir die Geschichte betrachten nicht wie sie hätte sein können oder sollen, sondern wie sie thatsächlich war, so müssen wir konstatieren, daß der Krieg den unentbehrlichen Faktor der kapitalistischen Entwicklung bildete. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas und Deutschland, Italien und die Balkanstaaten, Rußland und Polen, sie alle verdanken die Bedingungen oder den Anstoß zur kapitalistischen Entwicklung den Kriegen — gleichviel ob dem Sieg oder der Niederlage. So lange als es Länder gab, deren innere Zerspaltung oder deren naturwirtschaftliche Abgeschlossenheit zu überwinden war, spielte auch der Militarismus eine revolutionäre Rolle im kapitalistischen Sinne. Heute liegen auch hier die Dinge anders. Der Militarismus hat keine Länder mehr dem Kapitalismus zu erschließen. Wenn heute China zum Theater drohender Konflikte wird, so handelt es sich offenbar nicht sowohl um die Erschließung Chinas für den europäischen Kapitalismus, als um fertige europäische Gegenstände, die sich nach China verpflanzen haben und auf chinesischem Boden bloß zum Durchbruch kommen. Was heute gegeneinander mit der Waffe in der Hand austritt, gleichviel ob in Europa oder in anderen Weltteilen, sind nicht einerseits kapitalistische, andererseits naturwirtschaftliche Länder, sondern Staaten, die gerade durch die Gleichartigkeit ihrer hohen kapitalistischen Entwicklung zum Konflikt getrieben werden. Für diese Entwicklung selbst kann freilich unter diesen Umständen der Konflikt, wenn er zum Durchbruch kommt, nur von fataler Bedeutung sein, indem er diesmal ganz zwecklos die tiefste Erschütterung und Verturbation des wirtschaftlichen Lebens in allen kapitalistischen Ländern herbeiführen wird. Anders sieht aber die Sache aus vom Standpunkte der Kapitalistenklasse. Für sie ist heute der Militarismus in dreifacher Beziehung äußerst wichtig geworden: erstens als Kampfmittel für konkurrierende, „nationale“ Interessen gegen andere nationale Gruppen, zweitens als wichtigste Anlageart — ebenso für das finanzielle wie für das industrielle Kapital, und drittens als Werkzeug der Klassenherrschaft im Inlande gegenüber dem arbeitenden Volke — alles Interessen, die mit der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft an sich nichts gemein haben. Und was am besten wiederum diesen spezifischen Charakter des heutigen Militarismus verrät, ist erstens sein allgemeines Wachstum in allen Ländern um die Wette, sozusagen durch eigene innere mechanische Triebkraft — eine Erscheinung, die noch vor ein paar Jahrzehnten ganz unbekannt war — ferner die Unvermeidlichkeit, daß Katale der herannahenden Explosion bei gleichzeitiger völliger Unbestimmtheit des Anlasses, der zunächst interessierten Staaten, des Streitgegenstandes und aller näheren Umstände. Aus einem Motor der kapitalistischen Entwicklung ist auch der Militarismus zur kapitalistischen Krankheit geworden.

Bei dem dargelegten Zwiespalt zwischen der gesellschaftlichen Evolution und den herrschenden Klasseninteressen stellt sich der

Staat auf die Seite der letzteren. Er tritt in seiner Politik, ebenso wie die Bourgeoisie, in Gegensatz zu der gesellschaftlichen Entwicklung, er verliert somit immer mehr seinen Charakter des Vertreters der gesamten Gesellschaft und wird in gleichem Maße immer mehr zum reinen Klassenstaate. Oder, richtiger ausgesprochen, diese seine beiden Eigenschaften trennen sich voneinander und stützen sich zu einem Widerspruch innerhalb des Wesens des Staates zu. Und zwar wird der bezeichnete Widerspruch mit jedem Tage schärfer. Denn einerseits wachsen die Funktionen des Staates von allgemeinem Charakter, seine Einnischung in das gesellschaftliche Leben, seine „Kontrolle“ darüber. Andererseits aber zwingt ihn sein Klassencharakter immer mehr, den Schwerpunkt seiner Thätigkeit und seine Machtmittel auf Gebiete zu verlegen, die nur für das Klasseninteresse der Bourgeoisie von Nutzen, für die Gesellschaft nur von negativer Bedeutung sind, den Militarismus, die Zoll- und Kolonialpolitik. Zweitens wird dadurch auch seine „gesellschaftliche Kontrolle“ immer mehr von Klassencharakter durchdrungen und beherrscht (siehe die Handhabung des Arbeiterschutzes in allen Ländern — England ausgenommen).

Dem bezeichneten Wandel im Wesen des Staates widerspricht nicht, entspricht vielmehr vollkommen die Ausbildung der Demokratie, in der Vernstein ebenfalls das Mittel der stufenweisen Einführung des Sozialismus sieht.

Wie Konrad Schmidt erläutert, soll die Erlangung einer sozialdemokratischen Mehrheit im Parlamente sogar der direkte Weg dieser stufenweisen Sozialisierung der Gesellschaft sein. Die demokratischen Formen des politischen Lebens sind nun zweifellos eine Erscheinung, die am stärksten die Entwicklung des Staates zur Gesellschaft zum Ausdruck bringt und insofern eine Etappe zur sozialistischen Umwälzung bildet. Allein der Zwiespalt im Wesen des kapitalistischen Staates, den wir charakterisiert haben, tritt in der modernen Demokratie um so greller zu Tage. Einerseits der Form nach dient nämlich die Demokratie dazu, in der staatlichen Organisation die Interessen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Andererseits aber ist es doch nur die kapitalistische Gesellschaft, d. h. eine Gesellschaft, in der die kapitalistischen Interessen maßgebend sind, die sie zum Ausdruck bringt. Die der Form nach demokratischen Einrichtungen werden somit dem Inhalte nach zum Werkzeuge der herrschenden Klasseninteressen. Dies tritt in greifbarer Weise in der Thatsache zu Tage, daß, sobald die Demokratie die Tendenz hat, ihren Klassencharakter zu verleugnen und in ein Werkzeug der thatsächlichen Volksinteressen umzuschlagen, die demokratischen Formen selbst von der Bourgeoisie und ihrer staatlichen Vertretung geopfert werden. Die Idee von einer sozialdemokratischen Parlamentarismenmehrheit erscheint angeht dessen als eine Illusion, die bloß mit der einen, formellen Seite der Demokratie rechnet, die andere Seite aber, ihren realen Inhalt, völlig außer acht läßt. Und die Demokratie in ganzen erscheint nicht als ein unmittelbar sozialistisches Element, das die kapitalistische Gesellschaft allmählich durchdringt, wie Vernstein annimmt, sondern umgekehrt als ein spezifisch kapitalistisches Mittel, die kapitalistischen Gegensätze zur Reife und zur Ausbildung zu bringen.

Angeht dieser objektiven Entwicklung des Staates ver wandelt sich der Satz Vernsteins und Konrad Schmidts von der direkt den Sozialismus herbeiführenden „gesellschaftlichen Kontrolle“ in eine Phrase, die mit jedem Tage mehr der Wirklichkeit widerspricht.

Die Theorie von der stufenweisen Einführung des Sozialismus läuft hinaus auf eine allmähliche Reform — in der Richtung auf sozialistische Ordnung — des kapitalistischen Eigentums und des kapitalistischen Staates. Beide entwickeln sich jedoch kraft objektiver Vorgänge der gegenwärtigen Gesellschaft nach einer gerade entgegengesetzten Richtung. Der Produktionsprozeß wird immer mehr vergesellschaftet, und die Einnischung, die Kontrolle des Staates über diesen Produktionsprozeß wird immer breiter. Aber gleichzeitig wird das kapitalistische Privateigentum immer geschlossener und montastbarer, und die staatliche Kontrolle wird immer mehr von ausschließlichen Klasseninteressen durchdrungen. Indem somit der Staat, d. h. die politische Organisation, und die Eigentumsverhältnisse, d. h. die rechtliche Organisation des Kapitalismus, mit der Entwicklung immer kapitalistischer und nicht immer sozialistischer werden, setzen sie der Theorie von der allmählichen Einführung des Sozialismus zwei unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.

Die Idee Fouriers, durch das Phalanstere-System das sämtliche Meerwasser der Erde plötzlich in Limonade zu verwandeln, war sehr phantastisch. Allein die Idee Vernsteins, das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeit zu verwandeln, ist nur abgeschmackter, aber um kein Haar weniger phantastisch.

Die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft nähern sich der sozialistischen immer mehr, ihre politischen und rechtlichen Verhältnisse dagegen errichten zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine immer höhere Wand. Diese Wand wird durch die Entwicklung der Sozialreformen wie der Demokratie nicht durchlöcher, sondern umgekehrt fester und höher gemacht. Wodurch sie also niedergedrückt werden kann, ist einzig der Hammer Schlag der Revolution, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Berichtigung. In dem gestrigen Abschnitt V ist Spalte 1, Zeile 16 anstatt Berwertung zu lesen Verwaltung.

Landesverratsprozeß gegen den Ritt Peter Windorf aus Berviers.

L. Leipzig, 26. September.

(Schluß.)

Der Präsident macht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß es doch auffällig sei, wenn für beratende Mitteilungen, die in einer Broschüre benutzt werden sollten, 3 bis 4000 Mark versprochen wurden. Daraus habe er doch entnehmen müssen, daß es sich um Spionage handle. Der Angeklagte bekennt aber, er habe keine Ahnung davon gehabt, daß die Interessen des deutschen Reiches durch seine Vermittlerthätigkeit gefährdet werden könnten. Es erfolgt nunmehr die Vernehmung der Zeugen.

Hollgeheffor Simson aus Rachen teilt mit, daß bei der Nachener Polizei ein von der Selbstwehr veranlaßter und von Kreis geschriebener Brief eingelaufen sei, in welchem die Aufmerksamkeit auf das Treiben Windorffs gelenkt wurde. Es sei dann, weil die Nachener Kriminalbeamten in der dortigen Gegend zu befannt seien, ein Berliner Kriminalbeamter herangezogen worden, der die Verhaftung von Windorf, Hahnenbruch und Kircke ver-

anlachte. Der Zeuge ist am 15. Januar in Berviers gewesen und hat bei der dortigen Gerichtsbehörde ein Protokoll eingeholt, aus welchem hervorgeht, daß Frau Mindorff erklärt hat, ihr Mann treibe Spionage, stehe mit Hahnenbruch in Verbindung und habe von diesem Auskünfte erhalten, die dem Auftraggeber allerdings nicht genügt. Der Zeuge teilt noch mit, daß Janssens an Mindorff einen Brief geschrieben hat, in dem gesagt wird, daß Hahnenbruch bei seiner vorgelagerten Behörde demüthigt werden würde, wenn er nicht bis zum 1. Januar brauchbare Sachen liefere. Dieser sowie einige andere Briefe Janssens' an Mindorff, die dieser seiner Zeit hatte zurückgeben müssen, sind vom Auslande her durch einen unbekanntem Absender an das preussische Kriegsministerium gesandt worden.

Der Präsident machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß seine Handlungen möglicherweise etwas anders als im Eröffnungsbeschlusse beurteilt werden würden, und forderte ihn auf, seine Verteidigung danach einzurichten.

Es folgt der Zeuge Hahnenbruch, der in Sträflingskleidung vorgeführt wird. Er wird unendlich vernommen und giebt zu, wegen Verraths militärischer Geheimnisse und Bestechung zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden zu sein. Im Herbst 1897, so giebt er weiter zu, habe er bei einem Wächter Wirt die Bekanntschaft Mindorffs gemacht, der ihn dann den Janssens zuführte. Dieser sei ihm zunächst als ein Zehnjahresbakter von Zucht vorgestellt worden. Janssens habe ein Verzeichnis aus dem Mobilmachungsplane bei sich gehabt, das er nicht mehr als neu angesehen habe. Er, der Zeuge, habe aus den Versicherungen Janssens' entnommen, daß er über Mobilmachungsfragen instruiert war. Die Frage des Präsidenten, ob er geglaubt habe, daß Janssens das, was er von ihm zu erlangen suchte, für eine Froschüre oder Zeitung benutzen wollte, bejaht der Zeuge. Er giebt zu, Wachsabbrüche von Schlössern an Mindorff durch dessen Frau geliefert zu haben, versichert aber, daß er nur ganz bedeutungslose Schlösser abgedrückt habe, da er dem Janssens damals nicht mehr getraut habe.

Zeuge Bezirksfeldwebel Tummus aus Aachen macht Mitteilungen über das von ihm beobachtete Zusammensein von Mindorff und Kircke.

Zeuge Kircke, der ehemalige Bezirksfeldwebel und jetzige Straßfänger, giebt an, daß er Mindorff in einer Gastwirtschaft kennen gelernt habe. Er habe gern französisch lernen wollen und geglaubt, daß ihm Mindorff dabei behilflich sein könne. Mindorff habe ihn schließlich eingeladen, ihn in Berviers zu besuchen. Als er gemerkt habe, was Mindorff eigentlich wollte, habe er sich zurückgezogen; verraten habe er nichts, er sei auch nur deshalb zu Gefängnis verurteilt worden, weil er seiner vorgelagerten Behörde keine Anzeige von Mindorffs Verlangen erstattet habe.

Die Zeugin Heidenbael, die angeblich nicht deutsch sprechen kann und derenwegen der Polizeirat Zahn als Dolmetscher herbeigezogen wurde, offenbar hinreichende Kenntnisse unserer Sprache, um flüchtig ihre Gedanken ausdrücken zu können. Sie giebt an, der Angeklagte habe sie gemüthlich behandelt; bestohlen, wie derselbe behauptet, habe sie ihn nicht. Frau Mindorff habe, als sie sich einmal mit dem Angeklagten geant hat, gesagt, ihr Mann verrate und verkaufe Deutschland an Frankreich. Frau Mindorff habe sich einmal gerühmt, daß sie viel Geld verdiene; wenn das gelte, was ihr Mann vor habe, so erhalte sie ein neues Maßfahrtskloß. Ein andermal habe Frau Mindorff wieder gesagt, sie werde ihren Mann noch einmal in Deutschland anzeigen.

Die Zeugin bestätigt, daß sie mehrmals mit deutschen Polizeibeamten nach Brüssel gereist sei, um Janssens zu besuchen. Dieser habe sie von Berviers her gekannt, wo er immer freundlich gegen sie gewesen sei. Sie habe den Versuch gemacht, bei ihm eine Stellung zu erhalten. Janssens habe sich bei ihr beklagt, daß Mindorff und Hahnenbruch so wenig leisteten; sie möge einmal etwas Feuer dahinter machen. Die Zeugin teilt noch mit, daß wenn bei Mindorff Janssens oder Hahnenbruch sich befinde, große Heimslichkeit beobachtet und das schriftliche Material, das auf dem Tische lag, sofort weggenommen wurde, wenn jemand ins Zimmer trat.

Den Brief an die Aachener Polizei habe ihr Bräutigam Arens auf ihre Veranlassung geschrieben und abgeschickt.

Der Angeklagte bezeichnet in großer Erregung die Zeugin als burdaus ungläubwürdig; sie habe einen unlauteeren Lebenswandel geführt und sei untreu im Dienste gewesen.

Aus den Akten wird festgestellt, daß die Ehefrau Hahnenbruchs wegen Verbrechen gegen das heimliche Leben (§ 218) zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden ist. In diese Sache waren auch Mindorff und Hahnenbruch verwickelt. Gegen Mindorff ist das Verfahren in dieser Sache im Inlande und in Belgien eingestellt worden.

Der Zeuge Arens bestätigt, daß die Heidenbael angeprochen hat, und wird vom Angeklagten ebenfalls als unglaubwürdig hingestellt.

Was der Zeuge Gerard aussagt, hat wenig Wert; er weiß nur, daß Mindorff häufig in Aachen war und dort auch gebadet hat.

Es folgt nunmehr die Verlesung mehrerer französisch geschriebener Briefe, nachdem auf einige weitere Briefe als Beweismittel allerseits verzichtet worden ist. Es handelt sich hauptsächlich um Briefe Janssens' an Mindorff, die, wie schon erwähnt, dem Absender zurückgegeben werden mußten und später anonym an das Kriegsministerium in Berlin gesandt worden sind. In einem der Briefe wird gesagt, Hahnenbruch werde vernichtet werden, wenn er nicht fleißiger werde. Alle diese Briefe beweisen, daß Mindorff mit den französischen Agenten seit längerer Zeit in Verbindung stand und über die Sachlage offenbar vollständig unterrichtet war.

Der Zeuge Tummus wird nunmehr noch als Sachverständiger vernommen. Er bestätigt auf Vorhalt, daß die Militärjahrespläne in einem besonderen Schranke aufbewahrt und als geheim angesehen werden.

Der Sachverständige Major Gayer vom Kriegsministerium in Berlin giebt an, daß der dem Gerichtshof vorliegende Militärjahresplan aus dem Jahre 1894 stammt und inzwischen durch einen neuen ersetzt worden sei. Sie hätten den Zweck, die ganzen Transportwägen während der Mobilmachung, insbesondere der Waffen, Verpackungsgegenstände zu regeln. Bei der Mobilmachung würden sie ausgegeben und öffentlich angeschlagen, so daß die Heeresverwaltung dann kein Interesse an ihrer Geheimhaltung mehr habe. Vorher dagegen seien sie geheim zu halten. Die Kenntnis dieser Pläne sei für eine auswärtige Regierung von großer Wichtigkeit; ein Generalstabsoffizier könne daraus wichtige Schlüsse ziehen, die zum Nachtheile des deutschen Reiches verwendet werden könnten.

Nach der Entlassung der Zeugen und Sachverständigen trat eine Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung ergriff Oberreichs-anwalt Dr. Hann das Wort. Die Sache liege ziemlich einfach. Objectiv sei der Angeklagte durchaus überführt und geständig, daß er gemeinschaftlich mit Janssens oder auf dessen Anstiftung den Versuch gemacht habe, Kircke zum Verrath zu bewegen, und den Hahnenbruch dazu bezogen habe. Erreicht habe Mindorff seine Absicht insoweit, als er u. a. die verbesserte Mobilmachungs-Instruktion und den Jahresplan verraten habe. Wenn der Angeklagte behauptet, er habe nicht gewußt, daß die Uebersetzung dieser Sachen an andere zum Nachtheile der Sicherheit des deutschen Reiches gereiche, so sei dies nicht glaubhaft. Offenbar habe er in voller Kenntnis der Tragweite seines Thuns gehandelt. Dafür spreche schon der Umstand, daß sogar das Dienstmädchen völlig orientiert war. Verwerflich sei das Treiben des Angeklagten schon deshalb, weil er nicht in Not war und durch seine Wertschaft, in der allerdings seine sauberen Elemente verkehrten, sein Auskommen hatte. Ruchlos und trivial sei es, Militärpersonen zum Verrath und zur Anfertigung falscher Schlüssel zu veranlassen und die Gärten derselben aufs Spiel zu stellen. Es gäbe wenig Fälle, in denen die benutzten Mittel so schmutzig seien, wie im vorliegenden. Janssens, kaum aus dem Zuchthause entlassen, scheine sofort seine Specialität wieder aufgenommen zu haben, um Mobilmachungsfragen des s. Armeecorps zu erlangen. Als er seine Kreaturen ausgenutzt,

habe er sie abendlein demüthigt. Von diesen schuftigen Agenten habe Mindorff ein Gehalt bezogen. Mildernde Umstände seien nicht ersichtlich; er beantrage wegen des gegen Kircke begangenen Versuches 4 Jahre Zuchthaus und wegen des Falles Hahnenbruch 6 Jahre Zuchthaus, welche Einzelstrafen zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus zu vereinigen sein würden. Außerdem beantrage er 8 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Der Verteidiger Justizrath Herr Bewegte sich hauptsächlich in rechtlichen Ausführungen und suchte der Sache die für den Angeklagten günstigste Seite abzugewinnen.

Der Angeklagte beteuerte in seinem Schlussworte, er habe die Tragweite seines Thuns nicht gefannt.

Um 3 Uhr wurde das Urteil verkündet. Der Gerichtshof hat nur eine einseitliche Handlung angenommen und auf fünf Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Als festgestellt wurde erachtet, daß Mindorff mit Janssens, einem französischen Spion (der inzwischen gestorben sei), in Verbindung gestanden habe und für ihn thätig gewesen sei. Die Kenntnis des Angeklagten davon, daß die von ihm zu liefernden Sachen im Interesse des deutschen Reiches geheim zu halten seien, wurde als festgestellt angesehen. Die oben mitgetheilten Ergebnisse der Beweisaufnahme wurden im einzelnen gewürdigt. Als erwiesen wurde danach angenommen, daß Mindorff absichtlich geheim zu haltende Nachrichten einer auswärtigen Regierung übermittelt habe. Zur Annahme mildernder Umstände habe kein Anlaß vorgelegen.

Der Angeklagte schien bis zuletzt einen für ihn günstigen Ausgang der Sache erwartet zu haben. Er war durch das Urteil vollständig vernichtet und brach in Thränen aus. Er wurde wieder in die Haft abgeführt und damit hatte der Prozeß gegen 1/4 Uhr sein Ende erreicht.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 26. September.

(Fortsetzung des Prozesses Wenge.)

Der Chemikalien Diebstahl brachte Wenge 1884 eine Strafe von vier Wochen Gefängnis ein. Dann folgte im Oktober 1885 eine Strafe von zehn Monaten Gefängnis, im Jahre 1886 eine Strafe von zwei Jahren Gefängnis und eine weitere Strafe von drei Monaten Gefängnis. Nach Verbüßung dieser Strafen wurde er im Jahre 1890 vom Landgericht Leipzig wegen Diebstahls im Rückfall zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Zu dieser Strafe gestellte sich eine durch Urteil vom 14. März 1890 vom Landgericht Flensburg erkannte vierjährige Gefängnisstrafe. Vom Landgericht Hamburg und Berlin erhielt er weiter je ein Jahr Gefängnis.

Am 23. April 1891 hob das Landgericht Hamburg diese Einzelstrafen im Gesamtbetrage von sieben Jahren auf und erkannte auf eine Gesamtstrafe von sechs Jahren Gefängnis, sechs Jahren Ehrverlust und sechs Wochen Haft. Schon am 27. Juli 1895 wurde aber Wenge infolge guter Führung aus der Straf-anstalt Fuhsbüttel bei Hamburg entlassen.

Von hier aus wandte er sich nach Leipzig und hielt sich bei seinem Vater auf. Dann ging er zu seiner weiteren Ausbildung nach Brüssel und wurde mit 100 Mk. pro Monat unterstügt.

Von Brüssel ausgewiesen, ging er nach London, wo er unter seinem Schriftstellernamen Dewenger lebte. In London hatte sich Wenge auch ein Haus gemietet. Als Dr. med. und phil. Wenge fuhr W. mit Retourbillet nach Berlin. Hier lernte er das Fräulein Menzel, die einzige Tochter eines pensionierten Schutzmannes, in einem Damencafé kennen, verlobte sich am Tage darauf mit ihr und schloß am 28. Dezember 1896 die Ehe. Bei ihrem ersten am 14. September 1897 geborenen Knaben übernahmen Professor v. Liszt-Halle, Bankier Steinberg und andere Patenstelle.

Nachdem Wenge in Wilmerdorf und Schöneberg gewohnt, zog er am 1. Oktober 1897 nach Charlottenburg. Dort hatte er eine vierte Etage für 1700 Mk. gemietet. Hier lebte er auf großem Fuße und hielt jeden Donnerstag seinen Gesellschaftsabend. Nach Annahme der Anklage ist er Ende Januar 1898 nach Leipzig gegangen und hat hier wegen Mietung eines Logis für 2400 Mk. unterhandelt. Die Verhandlungen wurden durch seine Verhaftung unterbrochen.

Ihm wird nun von der Anklage zur Last gelegt, daß er von Anfang 1897 bis 1898 durch unwahre Angaben den Buch-druckereibesitzer B. in Berlin um 1900 Mk., die Firma D. in Berlin um 1300 Mk., den Buchdruckereibesitzer R. in Großsch um 350 Mk., Dr. S. in Hubertusburg um 300 Mk., den Kaufmann K. in Charlottenburg um 50.20 Mk., den Kaufmann Sch. in Berlin um 74.50 Mk. und die Schriftstellerin H. in Berlin um das Honorar für die Uebersetzung eines italienischen Aufsatzes geschädigt habe. In einem weiteren Falle gegenüber der Firma B. u. S. blieb es beim Versuch. Von der Firma F. u. S. in Berlin erhielt Wenge einen Wechsel über 500 Mk. zum Diskont. Er führte aber den Auftrag nicht aus, sondern gab den Wechsel seinem Schuldner für eine Schuld von 150 Mk. Außer diesen Straftaten wird Wenge zur Last gelegt, sich in den letzten drei Monaten vor seiner Verhaftung undesugt den Doktorittel beigelegt zu haben.

Durch seine eingehende Vernehmung wurde folgendes festgestellt. Sein Vater ist in Leipzig Birstenbindermeister. Seine Mutter ist seit 14 Jahren in einer Irrenanstalt untergebracht, seine Geschwister sind an Krämpfen gestorben. Zu seiner Heirat hat er von seinem Vater nichts erhalten, nur einen Wechsel über 300 Mk. zur Anschaffung von Möbel. Von seiner Frau hat er erfahren, daß seine Schwiegereltern Grundbesitz haben sollen. Wie festgestellt wurde, sind es 12 Morgen Land im Werte von 6000 Mk. Seine Schwiegermutter besaß eine Hypothek über 3600 Mark, die gekündigt worden ist und von der W. 1100 Mk. erhalten hat.

Seine Möbel hat er auf Mietvertrag vom Möbelhändler M. bezogen, deren Gebrauchswert Wenge auf 12000 Mark beziffert. Die Wäsche seiner Frau soll 2-3000 Mark wert sein. Seine Teppiche sollen einen Wert von 1000 Mk. repräsentieren. Die Möbel sind von M. mit 2042 Mk. in Rechnung gestellt worden. Wenge hat seine ganze Einrichtung für 10000 Mark bei einer Feuerversicherungsgesellschaft versichert.

Im Januar hat Wenge in Berlin die Zeitschrift für Kriminal-anthropologie, Gefängnis- und Prostitutionswesen herausgegeben. Bei Herstellung dieser Zeitschrift soll er die Druckereibesitzer um obige Summen geschädigt haben.

Wenge gab an, daß er bei seinem Aufenthalt in Brüssel und einem vorübergehenden Aufenthalt in Paris mit Autoritäten des Kriminal- und Gefängniswesens bekannt geworden ist, die die Herausgabe einer solchen Zeitschrift anregten. Im Januar 1897 wurde W. mit dem Sortimentbuchhändler B. bekannt und beschloß die bereits erwähnte Zeitschrift herauszugeben. Die Zeitschrift sollte in sechs Heften jährlich erscheinen, der Gesamtabonnementpreis sollte 20 Mk. betragen; W. rechnete auf etwa 300 Abonnenten; die anderen Exemplare hoffte er im Einzelverkauf abzusetzen. Die Zeitschrift erschien auf Kosten

W. und B. übernahm als Inhaber der Sortimentbuchhandlung Buchardt in Berlin den Kommissionsverlag. Für Unkosten und Herstellung rechnete Wenge 1500 Mark pro Jahrgang, so daß er seinen Gewinn von den Abonnenten allein auf 4500 Mk. berechnete. Der Gerichtsvollzieher hatte dem Wenge häufige Besuche zu machen. Klagen und Pfändungen ist W. nicht losgeworden. Durch B. wurde Wenge mit dem Buchdruckereibesitzer J. in Berlin bekannt, dem er den Druck der Zeitschrift übertrug. Zur Uebernahme der Druckarbeiten bewog er J. durch die unwahre Angabe, sein Vater sei der alleinige Inhaber der Maschinenfabrik Rudolf Sack in Leipzig. Ueber seine eigenen Vermögensverhältnisse ließ er J. im Unklaren. Zimmermann übernahm für die ersten drei Hefte den Druck und erlangte dadurch gegen W. eine Forderung von 1000 Mk., auf die W. 600 Mk. gezahlt hat.

Bezeichnend ist die Anschauung W.'s über die Wahrhaftigkeit seiner Angaben. So meinte er, als ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam machte, daß er falsche Angaben über seinen Vater gemacht habe: Das war so nebenächlich, als wenn er sagte, daß sein Vater der Kaiser von China sei.

Buchhändler B. hält das Werk und die ihm zu Grunde liegende Idee für eine gute, leider kauft aber kein Verleger ein derartiges Werk. W.'s Rentabilitätsberechnung über das Werk wurde von B. über den Haufen geworfen. Von den ganzen abgesetzten Werken ist ihm ein Gewinn von zusammen 1680 Mk. zugeflossen, die Summe ist aber von Gläubigern, unter anderem auch von der Schwiegermutter, mit Beschlag gelegt worden. W. war sehr glaubensstark bezüglich der Güte und Rentabilität seines Werkes.

Das vierte Heft druckte J. nur teilweise. Er stellte den weiteren Druck ein, weil Kasse von W. nicht zu erlangen war. Nun wandte sich W. an die Firma von Verband u. Co. in Berlin. Durch das sichere Auftreten W.'s, den Titel Arzt und die Erklärung, daß er Kasse sofort leisten werde, die Rechnung aber acht Tage vor dem Zahlungstage verlangen müsse, damit er sie prüfen könne, hat die Firma sich täuschen lassen. Der Inhaber der Firma, Freiherr von Burgk, besuchte W. in seiner Wohnung und wurde durch die gute Ausstattung der Wohnung so beruhigt, daß die Firma über W. nicht einmal Erkundigungen einzog. Sie druckte Heft 4-6, als sie aber Zahlung nicht erlangte, stellte sie die Arbeit ein. Einen Wechsel löste W. nicht ein. Als die Firma den Druck einstellte, erklärte er, nun bekommen sie erst recht nichts. Im Laufe eines Gesprächs nach dem Erscheinen des vierten Heftes erwähnte W., daß er ein Haus in London besitze und habe für seine Frau eine Erbschaft von 20000 Mk. zu erheben. Durch diese Angaben war die Firma in ihrem Glauben an die Kreditwürdigkeit W.'s gefestigt worden. Die Firma bekommt noch 1300 Mk. Mit welcher Sicherheit W. die Rolle des Arztes spielte, geht daraus hervor, daß er dem Geschäftsführer der Firma einmal ein Rezept verschrieb.

Den zweiten Jahrgang der Zeitschrift gab er dem Buchhändler G. in Berlin in Kommissionsverlag. W. hatte erfahren, daß der Buchdrucker Reichard in Großsch äußerst billig arbeite. Er gab deshalb das erste Heft des zweiten Jahrgangs bei R. in Druck, dem er vorschwindelte, S. sei sein Verleger und werde die Druckkosten vier Wochen nach Erscheinen des Heftes bezahlen. Das erste Heft ist nicht erschienen und führt W. dies auf den äußerst schlechten und fehlerhaften Satz zurück, den R. geliefert habe. R. habe im nur das Papier gedruckt. In ähnlicher Weise sind die übrigen Schwindeleien von W. inszeniert worden. Er legt das größte Gewicht bei seiner Verteidigung darauf, daß er den Zeitpunkt seiner Schwindeleien nach den einzelnen Geschäftsabmachungen verlegte, wodurch er glaubhaft machen will, daß er die unwahren Angaben nicht in der Absicht gemacht hat, um sich Kredit zu verschaffen. Durch die Zeugenansagen wurde ihm das Gegenteil dieser Angaben nachgewiesen.

Die Schriftstellerin Keller hat er um das Honorar für die Uebersetzung eines italienischen Aufsatzes in Höhe von 75 Mk. und Möbel im Werte von 75 Mk., die er von der S. gekauft hat, geschädigt.

Mit dem Buchbinder Friedberg, Inhaber der Firma F. u. S. in Berlin, stand W. in Geschäftsverbindung. Er war F. Geld schuldig geworden. Eines Tages im November klagte F. ihm seine Geldnot. Wengens erbot sich W., einen Wechsel über 500 Mk. durch seinen Vater diskontieren zu lassen und ihm den Erlös auszuhandigen. W. erhielt den Wechsel. Getreten von seinem Schneider Sch., gab er diesem den Wechsel für eine Schuld von 175 Mark. Für den Rest von 325 Mk. ließ er sich von Sch. einen Schuldschein geben. F. gegenüber erklärte W., daß der Wechsel vernichtet sei. W. behauptete, daß er stets in der Lage gewesen sei, die schuldigen 175 Mark zu decken.

Der Vorsitzende hielt ihm vor, daß der Gerichtsvollzieher bei ihm nie etwas gefunden habe, woraus W. bemerkte, er werde sich doch vom Gerichtsvollzieher nicht in den Taschen herumkrabbeln lassen.

F. ist auf Zahlung des Wechsels verklagt worden und mußte die 500 Mk. zahlen.

Der Kaufmann Gr. hat im Glauben der Zahlungsfähigkeit W.'s seiner Frau für 50.20 Mark drei Hüte geliefert. Beim Kauf des zweiten Hutes und eines Barett's war W. mit im Laden und bemerkte dem Inhaber gegenüber, daß er in größeren Geschäften wie Gerson Vierteljahrsrechnung habe; Kleinigkeiten von 50 oder 60 Mk. bezahle er gleich. Gr. schickte ihm die Sachen mit quittierter Rechnung zu. Frau W. wußte die Hüte aber so einzunehmen, daß sie ihrem Auftrage entgegen die Hüte ohne Zahlung zurückließ. Als W. später gemahnt wurde, setzte er sich aufs hohe Pferd und schrieb Gr. einen geharnischten Brief, in dem er erklärte, wenn er ihn nicht in Ruhe lasse, dann werde er den Schutz des § 253 Str.-G.-B. in Anspruch nehmen. Er werde sein Gebahren in seinem großen Bekanntheitskreise erzählen, damit nicht noch andere ausländische Leute einer derartigen Behandlung ausgegesetzt würden. Eine Pfändung blieb erfolglos.

Dem Kaufmann Sch. schwindelte er Tafelgeschirr und Wein-gläser im Werte von 885 Mk. ab. Es gelang Sch., seine Waren zum großen Teil wieder zu erlangen, so daß er nur um etwas über 200 Mk. geschädigt bleibt.

Gerichtsrat Dr. Thilmmer bezeichnete W. in seinem ausführlichen Gutachten als einen abnormen Menschen, der in gewissem Grade eine Entartung zeige. Diese entfalle aber nicht auf die Verstandesfähigkeit, sondern auf das Gefühlleben. Sie bestände in der Sucht zu schwindelhaften Unternehmungen und zum Lügen. Seine freie Willensbestimmung sei aber keiner Weise ausgeschlossen.

Die Beweisaufnahme erstreckte sich bis abends nach 9 Uhr. Der Gerichtshof vertagte dann die Verhandlung auf Dienstag nachmittags 4 Uhr.